

GELDSCHÖPFUNG

(e-book von Thomas Fuchs, fuchsanalysen*)

"Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht." (Mayer Amschel Rothschild)

Diese Aussage ist heute zutreffender, denn je. Geld regiert die Welt, doch wer regiert das Geld? Seit Jahrhunderten machen sich Ökonomen, Philosophen, Politiker und viele Menschen Gedanken über das Geld. Über sieben Milliarden Menschen brauchen Geld für ihre Bedürfnisse. Geld wird unterschiedlich betrachtet, kann vieles bedeuten: Vermögen, Sicherheit, Energie, Freude, Kredit, Schuld, Angst, Furcht etc. Die meisten verbringen viel Zeit, genug Geld zu verdienen, um ein gutes Leben zu führen, oder um ihre Träume zu verwirklichen. Geld kann in Verbindung mit Kriminalität jedoch auch gefährlich sein. Geld ist, was man daraus macht. Geld wird für die meisten ein Rätsel bleiben. Geld ist Macht. Wer Geld schöpfen kann, hat die Macht...

Das Thema Geldschöpfung übt eine besondere Faszination aus auf jeden, der sich damit näher beschäftigt. Am Mythos Geld scheiden sich Geister, Ansichten, Thesen und Modelle.

Diese Zusammenstellung soll zeigen, welche Themen rund um die Geldschöpfung diskutiert werden und welche Rolle angeblich die Banken dabei spielen. Dazu habe ich auf Grund zahlreicher Anfragen und Recherchen meine persönliche Einschätzung zum Thema Geldschöpfung in diesem e-book kurz zusammengefasst. Als langjähriger Banker und Hobby-Geldforscher interessieren mich die Überlegungen zum Geld und zur Geldschöpfung schon seit Jahrzehnten. Dennoch ist das Thema unerschöpflich. Dieses e-book kann nicht alle Aspekte abdecken und hat nicht den Anspruch, die alleinige Wahrheit zu Geld und Geldschöpfung zu dokumentieren. Vieles wird widersprüchlich und unvollständig bleiben. Alle Annahmen und Aussagen sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt, eine Haftung oder Garantie kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden. Ebenso stellen die getätigten Aussagen keinerlei Kaufempfehlung dar, sondern dienen lediglich als Orientierungshilfe der eigenen Entscheidungen.

Brixlegg, am 3.4.2016, teilw. aktualisiert am 14.1.2017 und
26.9.2017

INHALT

1 Der Wert des Geldes und die Geldschöpfung	1
2 Geschäftsbanken: Geldschöpfung aus dem Nichts?	5
3 Geld-Theorien und der angebliche Beweis der Geldschöpfung:	15
4 Die Folgen eines fragwürdigen Geldschöpfungs-Beweises	19
5 Die Vollgeld-Initiative:	30
6 Geldschöpfung - Zusammenfassung:	33
7 Krypto, das digitale Internet-Gold als Geld der Zukunft?	35
8 Blockchain und Bitcoin: Krypto-Geld-Pionier und Marktführer	43
Geld aus dem Nichts – Mythos oder Tatsache?	51
Die Vollgeld-Initiative:	69

*Alle Rechte vorbehalten: Vervielfältigung, Verbreitung, Veröffentlichung, Veränderung, Bereitstellung für Dritte oder Bearbeitung der Inhalte bedarf der, vorherigen schriftlichen Zustimmung von Thomas Fuchs. Preis e-book: € 50,-, Bei Gefallen/Verwendung bitte überweisen an fuchsanalysen, IBAN AT90 3635 8000 0509 9437, BIC RZTIAT22358.

Literaturhinweise (Anm: leider oft mit Geldschöpfungssirrtum!)

BitCoin – Geld ohne Staat: Die digitale Währung, **Die Wahrheit über Geld:** Wie kommt unser Geld in die Welt? (R. Brichta, A. Voglmayer), **Vollgeld: Das Geldsystem der Zukunft.** (Thomas Mayer und Roman Huber), **Geld aus dem Nichts** (Mathias Binswanger), **Das Geldsyndrom** (Helmut Creutz) u. v. a. m. Weitere Internet-Infos unter: Geldschöpfung, Blockchain, Krypto, Bitcoin, etc. Hier vom InfoAbend- der UNI Wien im Juridicum mit Minister Mahrer 09/17:

<https://www.facebook.com/StadlerVoelkelRechtsanwaelte/videos/835776103256825/>

1

DER WERT DES GELDES UND DIE GELDSCHÖPFUNG

Sind Gold und Silber wie Geld?

Gold und Silber sind begrenzt verfügbar, daher wertbeständig und seit jeher in Münzenform als Zahlungsmittel bekannt. Für eine Feinunze Gold konnte man fast immer einen Anzug kaufen, einen Monat mehr oder weniger gut leben, etc. Gold und Silber schwanken im Wert oft sehr stark, sind aber in Krisenzeiten beliebter als Papiergeld. Sind die Krisen (scheinbar) vorbei, stagnieren Gold und Silber, die Preise werden angeblich oft nach unten manipuliert, um Währung und Finanzindustrie zu schützen. Der Nachteil von physischem Gold und Silber liegt im Gewicht, in der Aufbewahrung und bei Silber zusätzlich in der Mehrwertsteuer, die in vielen Ländern bei Kauf- und Verkauf anfällt. Edelmetalle sind schwer zu transportieren, Geldscheine viel leichter und das sogenannte Buchgeld ist das derzeit bequemste Geld, das man per Knopfdruck über das Bankennetz überall hinschicken kann.

Gold dient auch als Sicherheit für Währungen, deshalb haben Notenbanken (noch) hohe Goldbestände in Barrenform. Dieses Notenbank-Gold wurde früher zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten verwendet. Heute wird es für Kredite internationaler Institutionen verpfändet. Das zeigt, dass Gold (und Silber) nach wie vor wertvoll wie Geld betrachtet werden.

Unser Bar- und Buchgeld: Jeder will es, jeder braucht es:

Euro, Dollar, Schweizer Franken oder andere Währungen haben verhältnismäßig immer weniger Gold als Deckung für Bargeld und Buchgeld (in Bargeld tauschbar). Der Wert des Geldes liegt im Vertrauen, dass man für Geld fast alles kaufen kann. Weil das täglich alle erleben, zweifelt (noch) niemand am Wert des Geldes. Doch das ist trügerisch, weil den hohen Geldguthaben in Banken, Fonds, Versicherungen, etc. ebenso hohe Schulden von Staaten, Firmen und Privaten gegenüberstehen. Vermögen basieren auf Schulden! Geld ist – trotz des hohen Vertrauens – schuldenbasiertes Geld. Je höher die Schulden, umso mehr Geldvermögen. Derzeit drucken Notenbanken unbegrenzt (elektronisch) Geld. Wenn die Schuldner wegen Zins- und Zinseszins nicht mehr zahlen (können), fällt alles zusammen. Es kommt zum Crash und Geld löst sich in Nichts auf! Das mussten viele Menschen in den Kriegs- und Krisenjahren oft bitter erfahren.

Wer schöpft das ganze Geld?

Die meisten Ökonomen stimmen darin überein, dass die Geldschöpfung ein Monopol der Notenbanken ist. Diese ursprünglich den Fürsten und Regierungen zustehende Macht, eigenes Geld zu schöpfen, ist inzwischen auf die Notenbanken übergegangen. Diese können unter bestimmten Voraussetzungen Bargeld drucken und den Banken Buchgeld zur Verfügung stellen. Dies tun sie derzeit auch massiv, um mit der Geldschwemme die Wirtschaft anzukurbeln. Doch weder die Geldmenge noch Zinssätze bei 0 % animieren Betriebe und die Menschen, zu investieren. Wenn ein Betrieb kein Vertrauen hat, durch die Investition mehr Umsatz zu machen, so hilft weder eine große Geldmenge noch ein niedriger Zinssatz. Die US-Notenbank FED, die EZB sowie die Notenbanken von England, Japan, China und der Schweiz sind die wichtigsten Geldschöpfer. An deren Maßnahmen orientierten sich in der Vergangenheit auch andere Notenbanken und damit ganze Volkswirtschaften.

Dass die Notenbanken die alleinige Macht haben, Geld zu schöpfen, hat die Gemeinde Wörgl/Tirol in den 30er Jahren bitter erfahren müssen. Wörgl schaffte es weltweit erstmals und einmalig, mit eigenem Geld (Schwundgeld nach Silvio Gesell, genannt Arbeitswertschein) in kurzer Zeit trotz allgemeiner Depression sinnvolle Investitionen zu tätigen, vielen Menschen

Arbeit zu geben und deren Not zu lindern. Obwohl sich dieses Experiment nachweislich sehr positiv zum Wohle der Gemeinde und seiner Bewohner auswirkte, wurde es durch die österreichische Nationalbank als Notenbank nach kurzem Prozess eingestellt und die allgemeine Arbeitslosigkeit mit allen Nachteilen stellte sich wieder ein. Das Wörgler Modell wurde verboten, weil eben nur die Notenbank und kein Bundesland, kein Bezirk, keine Gemeinde und keine andere öffentliche Einrichtung das Recht hat, eigenes Geld zu schöpfen. Dabei haben schon damals führende Ökonomen dies als praktikable Lösungen vor allem für Krisenzeiten bezeichnet.

Seither ist dieses Geldexperiment auch als „Wunder von Wörgl“ bekannt. Näheres dazu s. Unterguggenberger-Institut, Wörgl, www.unterguggenberger.org

2

GESCHÄFTSBANKEN: GELDSCHÖPFUNG AUS DEM NICHTS?

Seit vielen Jahren behaupten Geldreformer im Internet, in Artikeln, Büchern, Videos und Talkshows, alle Banken, also auch normale Geschäftsbanken, könnten „Geld aus dem Nichts“ schöpfen. Sogar viele Ökonomen und Wirtschaftsprofessoren vertreten diese Ansicht: Die Professoren Dr. Markus Hörmann, Wien (Geld aus dem Nichts durch Buchungstrick), Dr. Bernd Senf, Berlin (Geld im Nebel), Dr. Richard Werner, Würzburg/nun England (Geldschöpfung jetzt bewiesen), Prof. Mathias Binswanger, St. Gallen (Geld aus dem Nichts), Dr. Joseph Huber (Vollgeld-Initiative), Bernhard Lietaer (Mysterium Geld), Peter König (24 Lügen über Geld) etc. um nur einige prominente Buchautoren mit deren Buchtiteln bzw. Behauptungen zu nennen. Dem widerspricht ganz klar der Geldforscher Helmut Creutz und zeigt in seinem Buch „Das Geldsyndrom“ an Hand von Statistiken nachvollziehbar, dass Banken maximal Geld umschöpfen, aber nicht neu schöpfen.

Unbestritten ist jedoch, dass Geld und Zins seit Menschengedenken als eine Hauptursache für gesellschaftliche

Spannungen, Revolutionen und Kriege angesehen wird. Falls aber Banken Geld aus dem Nichts schöpfen, dass müsse dieses Geldschöpfungsmonopol der Banken beendet werden.

Die Diskussion um die Geldschöpfung aus dem Nichts war bisher rein akademisch geführt. Nun hat Prof. Dr. Richard Werner im Jahr 2013 bei einer bayrischen Raiffeisenbank in einer empirischen Untersuchung anscheinend den Beweis geliefert, dass Banken tatsächlich „Geld aus dem Nichts“ schöpfen können. Und diese vor Ort angeblich bewiesene Tatsache wird nun im Internet, in Schriften, Büchern, Vorträgen und Videos verbreitet, verbunden mit der Aufforderung, diese Kredite aus dem Nichts auch nicht zurückzahlen zu müssen.

Prof. Mathias Binswanger verweist im Buch „Geld aus dem Nichts“ sogar auf der Umschlagseite in einer Schlagzeile darauf, dass „Banken in ihrer Tätigkeit als Geldproduzenten nicht jenes Geld verleihen, welches vorher jemand bei ihnen deponiert hat, sondern sie schaffen neues. ...“ und „ein Großteil des von den Banken geschaffenen Geldes wird in einer modernen Wirtschaft für den Kauf von Wertpapieren oder Immobilien verwendet, was zu spekulativen Blasen und Finanzkrisen führt!“

Thomas Mayer und Roman Huber schreiben in „Vollgeld“: „...würden Sie einem System zustimmen, im dem der Großteil der Geldmenge durch private, profitorientierte Unternehmen

(gemeint Banken) produziert und in Umlauf gebracht wird?“ Und weiter: „Die den Banken aus der Geldschöpfung zufließenden Erträge könnten auf einen Schlag und ohne Steuererhöhungen 60 % der Staatsschulden tilgen...“

Ich habe mit den o. a. Persönlichkeiten seit Jahrzehnten intensive Gespräche und Schriftverkehre geführt und konnte sie nicht von diesem Irrglauben der „Geldschöpfung aus dem Nichts“ abbringen. Ich habe dank der seit Jahrzehnten erstellten Analysen der Bilanzdaten aller österreichischen Banken nachweisen können, dass die Gesamtsumme der Einlagen bei den Banken die Gesamtsumme der Kredite übersteigt, sodass kein Ansatzpunkt für eine „Geldschöpfung aus dem Nichts“ gegeben ist. Ich habe aufgezeigt, dass Theorie und Praxis diametral auseinanderklaffen. Die Behauptung dieser Geldschöpfung aus dem Nichts ist aus meiner Sicht unrichtig, gefährlich und schürt unberechtigten Hass auf die Banken generell.

Die extreme Auslegung dieser Geldschöpfung aus dem Nichts verleitete dazu, dass kürzlich ein Kunde einer Tiroler Raiffeisenbank die Kreditrückzahlungen mit angeblichem Hinweis auf diese Geldschöpfung aus dem Nichts eingestellt hat. Daraufhin hat die Bank die als Hypothek vereinbarte Sicherheit verwertet und die Liegenschaft versteigert. Der Kunde hat nun in einem ketzerischen Flugblatt per Postwurf die Raiffeisenbank des

Betruges bezichtigt und Vorstand sowie MitarbeiterInnen mit Fotos in einer Art Steckbrief öffentlich angeprangert. Die Daten der österr. Bankbilanzen zeigen ganz klar, dass für Kredite vorher ausreichend Kundeneinlagen vorhanden sein müssen: Hier die aggregierten Bilanzsummen aller österreichischen Banken (Quelle Nationalbank), die auch mit der Summe der Einzelbanken (Bilanzanalyse 2014 mit Ranking – www.ranking.org) übereinstimmt:

1000 € in 2015	Bankfo	Ku-Fo	BilSu	BankVerb	Ku-Verb	verbriefte	Anr.EM
Aktienbanken	38 582 881	142 871 904	260 703 719	45 432 571	129 196 385	28 616 278	27 073 516
Bauspark.	2 175 782	17 737 851	23 241 546	1 332 848	19 596 123	140 669	1 204 585
Hyos	5 011 357	41 322 578	59 775 051	8 122 116	19 274 348	25 788 774	3 670 911
Raiffeisen	63 192 352	116 783 546	268 461 915	77 676 040	114 908 448	26 427 182	33 252 954
Sonderbanken	32 784 354	13 645 584	57 028 774	7 874 192	5 060 238	37 175 248	2 616 869
Sparkassen	31 128 402	71 929 093	150 908 364	31 623 602	63 601 547	22 312 713	16 684 979
Volksbanken	6 563 950	20 937 643	42 425 912	7 329 232	20 232 320	2 509 955	2 158 677
Alle Banken	179 439 078	425 228 199	997 232 554	179 390 601	371 869 409	142 970 819	86 662 491
von Kunden	514 840 228	(Ku-Verb+verbriefte)		von Banken	179 390 601		
an Kunden	425 228 199			an Banken	179 439 078		
Einl.-Überhang	89 612 029			Bankford.	-48 477		

Erläuterung der Tabelle:

Die grün unterlegte Summe (Kundenverbindlichkeiten und verbriefte Verbindlichkeiten) mit insgesamt ca. 514 Mrd Euro übersteigt die Summe der Kundenforderungen (Kredite) um € 89 Mrd. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in den Summen der einzelnen Sektoren und auch in jeder der 606 einzelnen Banken. Somit kann es keine Geldschöpfung aus dem Nichts geben, sondern die Banken verfügen sogar um ca. 89 Mrd Euro mehr an Einlagen und verbriefte Verbindlichkeiten, als sie für

Kundenkredite zur Finanzierung brauchen (gelb unterlegt). Diese rund 89 Mrd Euro sind ein großer Liquiditätspuffer bzw. wird in Anlage-Wertpapiere, materielle Güter (Gebäude, Einrichtung) und Beteiligungen investiert. Da sich auch Bankforderungen und Bankverbindlichkeiten mit je 179 Mrd Euro (Differenz nur 48 Mio € in rot) in etwa ausgleichen, ergibt dies auch keinen Hinweis, dass zwischen den Banken eine Art Geldschöpfung im Sinne einer fraktionellen Geldschöpfung (Teilreserve-Theorie) stattfindet.

Auch die Entwicklung der Bilanzsumme aller Österr. Banken beweist eindeutig, dass hier kein Platz für Geldschöpfung außerhalb der Notenbank vorliegt: Seit 5 Jahren haben sich die Bilanzsumme der Banken (In Mio EUR) deutlich verringert und zwar um 14 %.

Dennoch leugnen die „Geldschöpfungs-Professoren“ diese Zusammenhänge und bestehen nach wie vor hartnäckig auf ihrer Aussage einer „Geldschöpfung aus dem Nichts“.

In der Schweiz hat man vor kurzem wegen dieses angeblichen Geldschöpfungsbeweises ein Volksbegehren unter dem Titel „Vollgeld-Initiative“ gestartet. Per Gesetz soll erwirkt werden, dass Banken Giroeinlagen (Buchgeld) ausschließlich an die Notenbank weiterleiten müssen und dieses dann zinslose Notenbank-Vollgeld nicht in der eigenen Bilanz, sondern wie ein Wertpapier treuhändig im Depot verwalten. Nur die den Banken

ausdrücklich als verzinste Spareinlagen zur Verfügung gestellten Mittel können – so wie bisher – als Kredit weiter gegeben werden. Dadurch soll bei einem zu erwartenden Bankencrash das für den Überweisungsverkehr notwendige Giralgeld als Vollgeld erhalten bleiben. Damit fehlen aber den Banken sehr große Kreditfinanzierungsquellen. Näheres siehe bei Kapitel 5 Vollgeld.

Woher kommt diese Annahme der „Geldschöpfung aus dem Nichts“?

Der Vorwurf der Geldschöpfung wird aus der doppelten Buchhaltung abgeleitet, wonach es buchungstechnisch möglich ist, einen Kredit aufzunehmen und den Kreditbetrag auf ein Sichteinlagekonto zu buchen. Damit erhöhen sich die Kredite, es erhöhen sich auch die Einlagen und damit die Bilanzsumme (Bilanzverlängerung). So ist der Schluss nachvollziehbar, diese Bankbilanzverlängerung schaffe Geld aus dem Nichts. Solange die Einlage nicht verwendet wird, stimmt dieser Gedanke auch vordergründig. Wird der Kredit aber in bar behoben, ist die Geldschöpfung beendet, die Bank muss Bargeld aus der Kasse dafür hergeben, es erfolgt bilanztechnisch ein Aktivtausch (mehr Kredite, weniger Bargeld). Wird die Einlage auf ein anderes Girokonto überwiesen, so muss man unterscheiden, ob damit ein Kontokorrentkredit reduziert wird, oder eine neue Sichteinlage begründet bzw. erhöht wird. Bei einer Kreditreduktion verringert

sich die Bilanzsumme und die Geldschöpfung ist wiederum beendet. Bei einer Weiterleitung einer aus einer Kreditzuzählung entstandenen Einlage auf ein anderes Einlagekonto bleibt das so geschöpfte Geld solange im Umlauf, bis es durch Barbehebung oder Kredittilgung (beim Lieferanten) wieder verschwindet. Erfahrungsgemäß landet aber der Großteil aller Überweisungen nicht auf einem Einlagekonto (Girokonto), sondern auf Kreditkonten, meist von Unternehmen. Diese finanzieren ja großteils die Produktion von Waren und Dienstleistungen, deren Verkauf dann zur Kredittilgung verwendet wird.

Die Überweisung der aus Kredit geschöpften Sichteinlage auf eine andere Bank vernebelt das Ganze etwas, ist aber ähnlich zu betrachten wie die Übertragung auf ein anderes Konto innerhalb der gleichen Bank. Überwiegend wird jede Überweisung zur (Kontokorrent)-Kredittilgung verwendet, nur ein geringer Teil landet längerfristig auf einem Einlagekonto.

Für Banker sind das ganz normale Vorgänge, weil sie in der Praxis täglich damit umgehen. Nicht jedoch für die Wissenschaft, für die ist es Theorie. Da wird die Behauptung aufgestellt, Banken bräuchten gar keine Einlagen (weder Spar- noch Giroeinlagen), weil sie ja unbegrenzt „Geld aus dem Nichts“ durch Kreditzuzählung schaffen können. Abgesehen von den BWG-Vorschriften hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für Kredite

und der Mindest- bzw. Liquiditätsreserven würde dieser Vorwurf einer Geldschöpfung nur dann zutreffen, wenn die Kreditnehmer die aufgenommenen Kredite tatsächlich nicht verwenden, sondern ewig auf Einlagekonten parken. Dies ist aber in der Praxis nicht der Fall, denn in den meisten Fällen werden Kredite für Investitionen aufgenommen und nicht, um damit Einlagen zu bilden, die außerdem hohe, laufende Zinsverluste (Differenz zwischen Kredit- und Einlagezins) nach sich ziehen.

Die Wissenschaft war bisher uneins, ob die Banken beim Kreditgeschäft

- a. Finanzintermediäre sind, die Einlagen in Kredite verwandeln (bisherige Lehrbuch-Meinung)
- b. durch gegenseitige Krediteinräumungen Geld aus dem Nichts schöpfen (fraktionale Kreditschöpfung, bzw. Teilreserve-Theorie)
- c. Geld aus dem Nichts schöpfen, d. h. es sind keine Einlagen als Basis notwendig. Das ist der jüngste und massivste Vorwurf mancher Ökonomen mit der Forderung des Geldschöpfungsverbotes für die Geschäftsbanken.

Nun hat Prof. Dr. Richard Werner in einer wissenschaftlichen, empirischen Untersuchung bei einer bayrischen Raiffeisenbank angeblich den Beweis erbracht, dass Punkt c) die „Geldschöpfung

aus dem Nichts“ zutrifft. Es wurde eine kleine Raiffeisenbank ausgesucht, damit das Experiment nicht durch andere, außergewöhnliche Geschäfte kompensiert wurde und die Kreditaufnahme auch in der Bilanzsumme leichter nachvollziehbar war. Prof. Dr. Werner hat dazu persönlich mit Einverständnis der Bank einen Kredit über € 200.000,-- aufgenommen, diesen auf eine Sichteinlage buchen lassen und dann dieses Geld an eine Sparkasse überwiesen. Aus der Tatsache, dass dieses kreditgeschöpfte Geld beim Sparkassenkonto als Guthaben in Erscheinung trat, leitete er den Beweis einer Geldschöpfung aus dem Nichts ab. Und somit wird nun die Forderung erhoben, es ist ein unlauteres und sofort zu verbotendes Privileg der Banken, über Kreditzuzählung „Geld aus dem Nichts“ zu schöpfen. Ausreichend Geld, mit dem sich Banken ohne großen Aufwand fast alles kaufen können. Ja, es wird sogar behauptet, die Banken sind nur an Krediten wegen der damit möglichen Geldschöpfung interessiert, keinesfalls aber an Einlagen, weil sie diese eigentlich gar nicht bräuchten.

Diese wissenschaftliche Untersuchung in Bayern wurde von Universitätsassistenten begleitet, von der BBC verfilmt und findet nun seine Verbreitung in zahlreichen Artikeln, Büchern, Vorträgen, Videos, Talkshows etc.

Siehe dazu Anlage a):

Geld aus dem Nichts: Mythos oder Tatsache (Auszug aus dem sehr einseitigen Bericht über den wissenschaftlichen Beweis einer Geldschöpfung bei einer Raiffeisenbank in Bayern – von Reinhold Mattersberger).

3

GELD-THEORIEN UND DER ANGEBLICHE BEWEIS DER GELDSCHÖPFUNG:

Über Geldtheorien und Geldschöpfung gibt es viel Literatur. In Bezug auf die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken unterscheidet die Wissenschaft zwischen drei Möglichkeiten der Geldschöpfung:

1. Die Banken sind nur Finanzintermediäre, das heißt, sie können kein eigenes Geld schöpfen. Sie nehmen lediglich das Geld der Einleger (=Fremdkapital) und verleihen es als Kredite. Natürlich kann es auch eigenes Geld (Eigenkapital) sein, das die Banken als Kredit vergeben. Nur reicht das Eigenkapital meistens nicht für eine ausreichende Kreditgewährung.

Bei jedem Kredit haben Banken zudem noch das Bankwesen-Gesetz zu beachten, und z. B. jeden Kredit mit Eigenkapital zu unterlegen. Darüber hinaus können Banken nicht alle Einlagen in Kredite umwandeln, denn von den Einlagen sind Mindest- und Liquiditätsreserven zu bilden. Das steht auch so in den Lehrbüchern der Bankwirtschaft und stimmt mit der Praxis überein.

Dabei ist es bei Banken nicht anders als bei einem normalen Betrieb oder Geschäftsmann. Niemand kann aus einer leeren Kasse noch von einem leeren Bankkonto etwas entnehmen oder beheben, um damit Zahlungen zu erledigen.

2. Die Komplexität des Bankwesens, vor allem hinsichtlich der gegenseitigen Verbindungen und Verschachtelungen im Zwischenbankverkehr haben nun einige Wissenschaftler an der Theorie 1 (Banken als reine Finanzintermediäre) zweifeln lassen. Sie glauben beweisen zu können, dass sich Banken untereinander Geld beschaffen (schöpfen) können. Dabei gehen sie davon aus, dass Banken mangels ausreichender Einlagen sich von anderen Banken Geld leihen können, um so ihr Kreditgeschäft zu forcieren.

Geschäftsbanken geben aber nur jenes Geld an andere Banken weiter, das sie aus einem Einlagenüberhang nicht für eigene Kredite verwenden können. Das bedeutet aber nicht, dass damit Banken untereinander Geld schöpfen, sondern lediglich, dass die nicht benötigte Liquidität der einen Bank an eine andere weitergeleitet wird. Dennoch gibt es zahlreiche Wissenschaftler, die daraus einen Multiplikatoren-Effekt schließen und meinen, damit könne eine Einlage mehrfach als Kredit vergeben werden. Sie nennen dies Multiplikator-Modell und unterstellen damit dem Bankenapparat, unfair und durch Ausnützung von Gesetzeslücken Einlagen x -

beliebig zu vermehren, vermindert nur um den Anteil der Mindestreserve. Dieses Modell hält meines Erachtens keiner Überprüfung in der Praxis stand. Es ist im Prinzip egal, ob eine Bank ihre (um Mindest- und Liquiditätsreserve) verminderte Liquidität selbst als Kredit vergibt, oder es einer anderen Bank für Kredite zur Verfügung stellt. Dies zeigt sich auch in den Bilanzanalysen, wonach die Einzelsummen der Banken der Gesamtsumme laut ÖNB entsprechen. Lediglich die Notenbank hätte die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Geld zu schöpfen und es den Banken in Form von Krediten zur Verfügung zu stellen.

3. Die dritte Theorie, ist die „Geldschöpfungstheorie aus dem Nichts“. Sie geht davon aus, dass Banken weder 1) Finanzintermediäre sind, noch 2) Teilreservemodelle anwenden, sondern jederzeit unbegrenzt Geld aus dem Nichts schöpfen können. Mit einer einfachen Buchung: Kredit an Sichteinlage. Fertig. Das Kreditkonto zeigt den Kreditsaldo, das Einlagekonto das neu geschöpfte Geld. Eine Bank braucht demnach eigentlich nur Kreditnehmer, aber keine Einleger, denn Banken schaffen ja die Sichteinlage durch die Buchung automatisch. Diese Sichteinlage wird dann für Zahlungen auf andere Sichteinlagen überwiesen, sodass dieses Geld bis zur Tilgung des Kredites als neu geschöpftes Geld im Bankensektor herumgereicht wird. Lediglich bei einer Barbehebung muss die Bank dafür Liquidität durch Bargeld

bereitstellen. Dieser Bargeldanteil ist jedoch in der Praxis derart gering, dass man ihn vernachlässigen kann. Tatsächlich wird im Zahlungsverkehr ein immer kleiner werdender Teil in bar abgewickelt. Auch die Kapitalunterlegung beim Kredit und die Mindestreserve bei den Einlagen sind ebenso gering, dass man sie vernachlässigen könne.

Nun hat 2013 Professor Dr. Richard Werner in einer empirisch-wissenschaftlichen Untersuchung bei einer bayrischen Raiffeisenbank angeblich den Beweis erbracht, dass diese Theorie „Geldschöpfung aus dem Nichts durch Geschäftsbanken“ in der Praxis zutreffend sei. Sein Bericht, und die damit vermeintlich bewiesene Tatsache, rufen nun alle Anhänger der Geldschöpfungstheorie auf den Plan. Banken werden nun einer unmoralischen Geldschöpfungspraxis angeprangert. Es wird ein sofortiges Ende dieser Geldschöpfungspraxis gefordert und in der Schweiz startet nun ein Volksbegehren für die Einführung von „Vollgeld“ statt des unseriösen, unsicheren, selbst erzeugten Kreditgeldes der Banken.

Näheres zu den Theorien und dem Experiment von Prof. Dr. Richard Werner s. im Anhang 1: Geld aus dem Nichts – Mythos oder Tatsache (Auszug aus dem Bericht über den wissenschaftlichen Beweis einer Geldschöpfung bei einer Raiffeisenbank in Bayern – von Reinhold Mattersberger).

4

DIE FOLGEN EINES FRAGWÜRDIGEN GELDSCHÖPFUNGS-BEWEISES

Dieser in vielen Bereichen unsachliche und mit unrichtigen Behauptungen gespickte Bericht von Reinhold Mattersberger (Anhang 1) steht für zahlreiche, ähnliche Fehlmeinungen und Aussagen, die durch den angeblichen Geldschöpfungsbeweis bei der Raiffeisenbank in Bayern nun wie Pilze aus dem Boden schießen. Auch in den jüngsten Talkshows treten diese Geldschöpfung-aus-dem-Nichts-Aufdecker mutig auf und erzählen dem erstaunten Publikum, dass Banken allein durch Buchungstricks reich werden, während die normalen Menschen und Betriebe dafür hart arbeiten müssen und verarmen.

Ich habe mich mit Prof. Werner, Prof. Hörmann und dem Journalisten Mattersberger intensiv über diesen angeblichen Geldschöpfungsbeweis auseinander gesetzt. Sie behaupten nach wie vor:

1. Zur Buchung Kredit an Sichteinlage seien vorher keine Mittel notwendig, weder als Eigenkapital noch als Einlagen (Fremdkapital). Also nicht die Mittelherkunft ist zuerst,

sondern die Mittelverwendung, bzw. gleichzeitig. Das Experiment in Bayern hätte ihrer Meinung nach auch mit einer Mrd Euro funktioniert, weil durch die gleichzeitige Buchung von Kredit und Einlage die Bilanzverlängerung automatisch erfolgt.

2. Die Banken können dieses selbst erzeugte Geld natürlich auch zur Zahlung ihrer Aufwendungen für Personal und Betriebseinrichtungen verwenden. Banken können deshalb heute problemlos ihre üblichen Protzbauten mit selbst geschöpftem Geld errichten.
3. Die BWG-Mindestreserve-Erfordernisse sind in der Praxis unbedeutend und unwirksam, weil die Mindestreserve z.B. nur 1 % beträgt.
4. Für die BWG-Eigenkapital-Unterlegung können Banken das Eigenkapital genauso aus Krediten schöpfen. Sie zitieren das Beispiel der Schweizerischen CreditSwiss (CS): Diese hat angeblich einem Scheich aus Saudi-Arabien einen Kredit von 9 Mrd CHF eingeräumt, dieser hat dafür neue CS-Aktien gekauft und damit war das Eigenkapitalerfordernis erfüllt. Als Sicherheit dienten nur die Aktien der CS. Dem hat offensichtlich auch die Schweizer Bankenaufsicht (wegen Organgeschäft!) zugestimmt. Also auch hier: Geld aus dem Nichts für das Eigenkapital! Allerdings hätte im Falle einer

Pleite von CS der Ölscheich dann seine Ölquelle zur Kredittilgung verkaufen müssen...

5. Am Beispiel in Bayern hat die betroffene Raiffeisenbank angeblich keinerlei eigene Mittel oder Reserven für das Experiment verwendet, daher treffe die Aussage, Geld wird aus dem Nichts geschöpft, völlig zu. Ich habe eingewendet, dass hier entweder ein BWG-Verstoß vorliegen müsse, oder dass die Raiffeisenbank von Haus aus über einen komfortablen Eigenkapitalpolster und ausreichend (Mindest)Reserven verfüge, und das dies alles für den zusätzlichen Kredit angerechnet wurde. Nur dann hätte dies keine (BWG-rechtliche) Relevanz für das Experiment. Dagegen hat Professor Werner eingewendet, es sei kein BWG-Verstoß erfolgt, weil das Experiment zufällig an einem Tag durchgeführt wurde, der zwischen zwei Meldestichtagen lag. Also doch ein Verstoß, bei dem man halt nur nicht erwischt worden ist!
6. Prof. Werner behauptete weiter, dass bei der Übertragung des (aus dem Kredit stammenden) Guthabens von der Raiffeisenbank auf die Sparkasse das Zentralbankguthaben der Raiffeisenbank nicht angetastet wurde, sondern es hätte die Sparkasse der Raiffeisenbank für die Übertragung eine Überziehung gewährt und damit ihrerseits wieder Geld geschöpft (Multiple Geldschöpfungs-Theorie der Banken

untereinander!). Dem widerspricht Mattersberger in seinem Artikel (s. Anhang 1). Dies war auch nicht der Fall, weil keine Bank einer anderen größere Überzüge so einfach gewährt. Aber leider halten Prof. Werner wie auch Prof. Hörmann an der nun angeblich bewiesenen Theorie fest, dass sich auch Banken gegenseitig unbeschränkt Kredite gewähren können und damit zusätzlich Geld schöpfen und verbreiten dies in ihren Schriften, Büchern, Videos und Vorträgen.

Somit hätten die Banken in ihrem Geldschöpfungsmonopol völlige Narrenfreiheit und das kann nur die Regierung abstellen bzw. ein Volksbegehren bzw. eine Volksinitiative wie es nun in der Schweiz läuft.

In Österreich und in Deutschland versuchen nun zwei Vereine (Kreditopferhilfe bzw. Banken-in-die-Schranken) durch Aufforderung zur Verweigerung der Rückzahlungen und der Zinszahlungen öffentlichkeitswirksame Prozesse vom Zaun zu brechen, damit die Bevölkerung Druck auf die Regierung macht, dieses Geldschöpfungsmonopol per Gesetz zu verbieten. Man erwartet sich einen ähnlichen Erfolg wie die Waldviertler-Initiative von Heinrich Staudinger, der nun sehr rasch eine gesetzliche Basis für crowd-funding (Schwarmfinanzierung) folgte. Doch im Waldviertel-Prozess ging es um eine Möglichkeit, anstelle von Bankkrediten auch direkte Beteiligungen von vielen Menschen entgegen zu nehmen, ohne der Bürokratie des

Bankwesen-Gesetzes oder der Prospektpflicht unterworfen zu werden.

Banker wissen natürlich, dass ohne zuvor vorhandene Mittel in Form von Eigenkapital und Einlagen (Fremdkapital) kein Kreditgeschäft möglich ist. Neben der Buchung Kredit an Einlage braucht es auch Liquidität bei der Kreditverwendung. Entweder in Form von Bargeld (Kassa) oder Guthaben bei anderen Banken, damit der Kreditkunde auch über die Kreditsumme durch Barabhebung (inzwischen selten) oder Überweisung an seine Lieferanten verfügen kann. Auch meine Bankbilanzanalysen zeigen klar auf, dass für die Geldschöpfungstheorie kein Platz ist, weil die Einlagen (mit verbrieften Verbindlichkeiten) bei den meisten Banken sowohl in der Einzelbetrachtung als auch in der Gesamtsumme aller Banken immer höher als die Kredite sind.

Ausgestattet mit diesem Wissen habe ich auch Kontakt zum Vorstand jener (inzwischen fusionierten) bayrischen Raiffeisenbank aufgenommen, bei der diese sogenannte wissenschaftliche, empirische Untersuchung im Sommer 2013 stattgefunden hat. Der Vorstand war sehr angetan und beeindruckt vom Vorgehen des Prof. Werner, seinem wissenschaftlichen Team und der begleitenden BBC-Truppe. Er hat mir gegenüber aber eingeräumt, dass

a. die Buchung Kredit an Einlage technisch möglich war. Ich habe gefragt, ob dies auch bei einem Kredit von einer Mrd € (wie von Prof. Werner behauptet) möglich gewesen wäre. Daraufhin kamen ihm große Zweifel und er musste es verneinen, weil eine Bank mit € 200 Mio Bilanzsumme und € 30 Mio Eigenkapital natürlich keine weiteren € 80 Mio Eigenkapital als Unterlegung für einen Kredit von einer Mrd € aufbringen könne.

dass in der Bank durch die Kreditzuzählung kein BWG-(in Deutschland KWG-)Verstoß erfolgte, weil die Bank ja die vorhandene Eigenkapital-Übersausstattung und große Liquidität dafür verwenden konnte. Dies hat Prof. Werner wohl nicht beachtet, weil er nach wie vor behauptet, die Bank hätte keine bestehenden Mittel für seinen Kredit in keiner wie immer gearteten Form angerechnet. Also weder Eigenkapital noch Mindestreserve!?

die Übertragung der aus der Kreditzuzählung entstandenen Sichteinlage sei auf eine andere Bank (Sparkasse) durch eine Reduktion des Zentralbank-Verrechnungskontos erfolgt. Dies ist Prof. Werner womöglich nicht aufgefallen, weil es sich mit anderen Eingängen kompensiert haben könnte. Keinesfalls aber hat die Sparkasse der Raiffeisenbank dafür einen Zwischen-

bankkredit eingeräumt. Es werden von der Raiffeisenbank außerdem permanent alle Überweisungen ausschließlich über die Zentralbank (GZ-Bank) abgewickelt.

es für die Raiffeisenbank und deren Vorstand nun eine Belastung sein könnte, wenn die mit großem Aufwand öffentlichkeitswirksam betriebene Bestätigung einer „Geldschöpfung aus dem Nichts“ sich doch nicht so darstellt, wie sie nun in den Aussendungen verschiedener Interessensgruppen dargestellt wird. Und vor allem, wenn nun Vereine wie Kreditopferhilfe und Banken-in-die-Schranken damit die Kreditnehmer zur Zahlungsverweigerung auffordern und somit Schaden für alle anrichten. Für die Kreditnehmer, weil sie gerichtlich zur Zahlung und u. U. zur Pfändung verurteilt werden und für die Banken, weil durch die immer mehr verbreiteten Unwahrheiten über die „Geldschöpfung aus dem Nichts“ bei vielen Menschen fälschlich Hass gegen die Banken geschürt wird.

Resume:

Die Theorie, Banken könnten Geld aus dem Nichts schöpfen, ist nach meiner Überzeugung nicht nur unbewiesen, sondern auch falsch. Im Bankenalltag ist das Gegenteil offensichtlich: Keine Geschäftsbank kann in der Praxis Geld aus dem Nichts schöpfen. Wenn vorher zu wenig Einlagen oder kein ausreichendes Eigenkapital vorhanden sind, kann kein Kredit vergeben werden.

Es kann zwar theoretisch eine Buchung „Kredit an Einlage“ durchgeführt werden, aber über die Einlage könnte dann mangels Liquidität nicht verfügt werden. Der sogenannte empirische Beweis bei der bayrischen Raiffeisenbank ist daher nicht vollständig bis zum Ende durchgeführt worden. Es wurden folgende Faktoren ignoriert:

1. die RaiffeisenBank hat den Kredit mit vorher vorhandenem Eigenkapital unterlegt
2. die Bank hat für die Sichteinlage vorher bestehende Mindestreserven angerechnet
3. die Bank hat für die Überweisung an die Sparkasse das Zentralbankkonto belastet (keine Zwischenbank-Geldschöpfung!)
4. hätte der Kunde bei der Sparkasse über das Geld verfügt (bar oder durch Überweisung), dann hätte sich die sog. „Geldschöpfung aus dem Nichts“ in Nichts aufgelöst!
5. Diese Transaktion wäre mit einem wesentlich höheren Betrag gar nicht durchführbar gewesen, bestätigt der Vorstand der betroffenen Raiffeisenbank auf meine Frage, ob diese Geldschöpfung auch z. B. mit 1 Mrd Euro funktioniert hätte!

Soweit der aktuelle Stand der Recherchen zur sogenannten wissenschaftlich und empirisch bewiesenen „Geldschöpfung der

Geschäftsbanken aus dem Nichts!“ Dazu ist derzeit noch ein Auszug aus der umfangreichen Korrespondenz mit den Professoren und der betroffenen Bank in Ausarbeitung.

Auf jeden Fall muss man der Behauptung, die Geldschöpfung aus dem Nichts sei in Bayern bewiesen worden, klar entgegen halten, dass das Gegenteil der Fall ist: Die Untersuchung hat bei genauer Betrachtung und richtiger Interpretation ergeben, dass der Beweis eben aus den vorangeführten Gründen nicht gelungen ist.

Damit ist nach wie vor klar:

Banken können keine Kredite aus dem Nichts schöpfen, sondern benötigen dazu immer:

- a. ausreichend Eigenkapital: Würde z. B. Bill Gates eine Bank gründen und mit € einer Mrd Eigenkapital ausstatten, so kann die Bank dieses (wahrscheinlich bei anderen Banken und in bar geparkte Geld) jederzeit als Kredit weitergeben. Dies zur Erklärung, dass es nicht zwingend (Spar)Einlagen für eine Kreditvergabe braucht, aber eben Kapital. Egal, ob Eigenkapital oder Fremdkapital. Ohne vorherige Kapitalausstattung ist – entgegen der Geldschöpfungstheorie – kein Kredit möglich.
- b. da das Eigenkapital meist vom Eigentümer (Aktionär, Genossenschafter) nicht für einen Bankbetrieb ausreicht,

benötigen Banken für ein florierendes Kreditgeschäft Fremdkapital, meist in Form von Spar- oder Giroeinlagen von Kunden. Diese müssen – entgegen der Geldschöpfungstheorie – ebenso vorher da sein.

- c. sollten Eigenkapital und Kundeneinlagen nicht ausreichen, dann haben Banken für eine Kreditvergabe noch eine dritte Möglichkeit, Kapital als Voraussetzung für Kredite zu erhalten: Die Aufnahme von Fremdkapital von anderen Banken (Refinanzierung). Auch dieses Kapital muss vor einer Kreditgewährung vorhanden sein. Und diese zweite, kreditgebende Bank muss selbst über ausreichende Liquidität verfügen.
- d. das aus Eigen- und Fremdmittel (Einlagen) vorhandene Kapital ist meist in Form von Bankeinlagen oder Bargeld liquide vorhanden. Ohne diese Liquidität ist ebenso – entgegen der Geldschöpfungstheorie – keine Kreditvergabe möglich. Dazu stellt man sich am besten einen Barkredit vor. Ist kein Bargeld in der Kassa, gibt es keinen Barkredit. Ist auf dem Landes/Zentralbankkonto kein ausreichendes Guthaben vorhanden, kann die Bank kein Geld an einen Lieferanten außerhalb der Bank überweisen. Nur wenn der Empfänger des Kreditgeldes (Lieferant des Kreditnehmers) sein Konto in der gleichen Bank hat und den Eingang des Kreditbetrages entweder zur eigenen Kredittilgung verwendet oder als ewige

Einlage in der Bank belässt, braucht die Bank weder das Landes/Zentralbankkonto zu belasten, noch Bargeld aus der Kassa zu nehmen. Dieser Fall kommt eher selten vor, wird aber als typisches Geldschöpfungsmodell in der Theorie genannt. Wobei es im Falle der Kredittilgung beim Lieferanten wiederum zu keiner Geldschöpfung kommt, sondern es wird für den neuen Kredit ein alter Kredit getilgt. Es findet in diesem Fall auch keine Bilanzverlängerung statt.

Wenn man es von allen Seiten kritisch betrachtet, gibt es keine Geldschöpfung aus dem Nichts bei den Geschäftsbanken. Weil immer vorher ausreichend Kapital da sein muss. Entweder in Form von Einlagen (Fremdkapital) oder Eigenkapital. Daher braucht man den Banken diese nicht vorhandene Geldschöpfung aus dem Nichts auch nicht verbieten. Dies aber fordert die Vollgeld-Initiative, die nun in der Schweiz ein Volksbegehren startet. Sollte man in der Schweiz erfolgreich sein, so will man auch in der gesamten EU das „Vollgeld“ einführen.

5

DIE VOLLGELD-INITIATIVE:

Aufbauend auf die inzwischen durch Prof. Dr. Richard Werner angeblich bewiesene Geldschöpfung-aus-dem-Nichts-These will nun eine sogenannte Vollgeld-Initiative in der Schweiz den Banken verbieten, was sie ohnehin nicht tun: „Geld aus dem Nichts schöpfen!“

Die Vollgeld-Initiative geht davon aus, dass die Geldschöpfungs-Theorie nun bewiesen ist. Damit ist für die Geldschöpfungs-Theoretiker klar, dass die Banken Unmengen an Geld aus dem Nichts schöpfen und diese Geldlawinen die Ursache für alle bisherigen Finanzkrisen darstellen. Die Vollgeld-Initiative will erreichen, dass es den Banken gesetzlich verboten wird, durch Kredite Einlagen zu kreieren, die dann das Geldvolumen gefährlich aufblähen. Dazu wird in der Schweiz derzeit ein Vollgeld-Volksbegehren gestartet, wozu es sehr viele unterschiedliche Meinungen und Beiträge gibt. Lediglich die Schweizer Bankvereinigung spricht sich dagegen aus und wird dafür unsachlich an den Pranger gestellt mit der Aussage: „Bankiersvereinigung will das Privileg der Geldschöpfung behalten“. Derzeit überwiegen im Internet die Befürworter der

Vollgeld-Initiative, auch zahlreiche prominente Schweizer haben sich dafür ausgesprochen. Sogar Goethes Zauberlehrling (in Form geldschöpfender Geschäftsbanken) wird als Wegweiser zum Vollgeld zitiert.

Mit einem Verbot der Geldschöpfung will die Vollgeld-Initiative die schlimmsten Auswüchse eines außer Kontrolle geratenen Finanz-Systems einbremsen. Das von den Banken selbst geschöpfte Geld wird als Ursache für die Finanzkrise 2008 genannt. Vollgeld dagegen wird als krisen- und inflationssicheres Geld dargestellt. Im Falle eines Banken-Crashes wäre Vollgeld daher sicher und müsste im Falle einer Bankinsolvenz dem Einleger ohne Verlust vergütet werden.

Anstelle des selbst geschöpften Buchgeldes soll bei Banken künftig im Laufe von 15 Jahren zwingend Vollgeld eingeführt werden. Dieses Vollgeld kommt – wie das Bargeld – ausschließlich von der Notenbank. Damit werden die Banken gezwungen, jeden Kredit bei der Notenbank zu refinanzieren und die Vollgeld-Bankeinlagen als Vollgeld-Depot zu verwalten. Wenn die Notenbank anstelle der Geschäftsbanken das alleinige Monopol der Geldschöpfung hätte, so würde sich die Schweiz ca. 300 Milliarden CHF ersparen, rechnet die Vollgeld-Initiative vor. Mit diesem Geld könnte die Schweiz und in der Folge auch alle anderen Staaten die Steuern senken. Wer will da etwas dagegen

einwenden? Daher haben die Vollgeld-Initiatoren vollen Zulauf, ungeachtet der falschen Ausgangslage, nämlich dass es in der Praxis der Geschäftsbanken keine Geldschöpfung aus dem Nichts gibt!

Von der Schweizer Notenbank gibt es dazu noch keine klare Stellungnahme, außer der Äußerung ihres Präsidenten, wonach die Vollgeld-Initiative ein unbekanntes Experiment wäre, das man noch nicht abschätzen könne. Dennoch fehlt mir hier die klare Aussage, dass es kein Vollgeld braucht, weil die Banken in der Praxis gar kein Geld schöpfen können. Somit will diese Vollgeld-Initiative etwas abschaffen, das gar nicht existiert!

Man darf gespannt sein, wie diese Initiative ausgeht.

Näheres im Artikel in der

Anlage 2) Vollgeld

und unter www.vollgeld-initiative.ch

6

GELDSCHÖPFUNG - ZUSAMMENFASSUNG:

Eine seit Jahrhunderten bewährte Banktradition, Einlagen entgegen zu nehmen und daraus Kredite zu vergeben soll illegal sein? Die Verfechter der Geldschöpfung-aus-dem-Nichts haben sich in ihrer Theorie derart verrannt, dass sie den Banken allen Ernstes unterstellen, bei der Kreditvergabe moralisch und rechtlich verwerfliche Buchungstricks anzuwenden und sich damit ungerechtfertigt zu bereichern. Dies kommt bei jener Bevölkerung gut an, die große Anstrengungen unternimmt, um ihre Kredite vereinbarungsgemäß zurückzuzahlen. Die als wissenschaftliches Experiment betitelte, aber eher unvollständige Untersuchung in Bayern soll nun als Beweis einer Geldschöpfung aus dem Nichts herhalten. Man will damit den Banken diese Kreditgewährung verbieten. Die Tatsache, dass Kredite überwiegend aus Kundeneinlagen transferiert werden, wird von vielen Ökonomen geleugnet und sogar oft auch von unverständlichen Aussagen mancher Notenbanker unterstützt. Somit bleibt die Forderung nach Abschaffung der Kredit-Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ohne entsprechende Gegenargumente im Raum. Aktionen wie die Vollgeld-Initiative oder die Aufforderung des Kreditopferhilfevereins, Kredit- und

Zinszahlungen zu verweigern sind absurd und es sollte hier von den Banken und Bank-Vertretungen dringend und öffentlichkeitswirksam widersprochen werden.

Geldschöpfung – Fazit:

Geldschöpfung aus dem Nichts durch Geschäftsbanken findet in der Praxis nicht statt. Wenn man von Geldschöpfung außerhalb der Notenbanken spricht, dann ist das nach meiner Einschätzung am ehesten mit den sogenannten Krypto-Währungen möglich, die als digitale Internet-Kreationen ähnlich wie Gold gesucht (gemint) werden. Hier wird neues Geld erzeugt, aus dem Nichts geschöpft, ohne dass zuvor jemand als Einleger oder Sparer von außen Geld zur Verfügung stellt. Also Geld aus dem Nichts, mit Ausnahme der Kosten für die Gelderzeugung (Mining) und für den Netzaufbau (Provisionen). Hier bahnt sich in rasanter Geschwindigkeit ein neues Finanzsegment unaufhaltbar seinen Weg. Von den Banken wird diese Entwicklung noch zu wenig beachtet. Zukunftsforscher zeigen auf, dass das Internet unser Leben in nächster Zeit noch rascher und vor allem noch viel stärker verändern wird, als bisher. Dazu gehört auch das Internet-Geld, das vor allem auch den Zahlungsverkehr in der Zukunft revolutionär verändern wird.

7

KRYPTO, DAS DIGITALE INTERNET-GOLD ALS GELD DER ZUKUNFT?

2009 ist mit BitCoin erstmals eine neue Art Geld entstanden – das Internet-Geld, die erste Krypto-Währung. Sie ist die erste Einrichtung, mit der man Geld direkt von einer Person zu einer anderen überweisen konnte (peer2peer). Ohne Banken, einfach wie eine e-mail, die man verschickt. Weltweit, in Sekundenschnelle, und fast gebührenfrei. Die meisten internationalen Zahlungen wurden bisher monopolartig von internationalen Großbanken und Spezialisten wie WesternUnion, PayPal oder Kreditkartengesellschaften abgewickelt, wobei durchschnittlich Gebühren zwischen 3 % und 10 % anfallen. Weil das Geld bei internationalen Überweisungen oft sehr lange unterwegs ist, ergeben sich zusätzliche Risiken, wie z. B. durch Wechselkursverluste. Nur 1,7 Milliarden Menschen haben ein Bankkonto oder eine Kreditkarte, der Rest der Menschen hat sein oft bescheidenes Geldvermögen zu Hause und ist damit allen Risiken wie Verlust, Diebstahl, Feuer etc. ausgesetzt. Da hilft das Internet-Geld, dem man in der Dritten Welt womöglich mehr vertrauen wird, als den ansässigen Banken.

Kein Staat hat Zugriff auf das Internet und damit auf das Krypto-Geld, es ist sozusagen ein Geld ohne Staat. Nur die Internet-Community handelt damit und bestimmt den Wert, der bisher starken Schwankungen ausgesetzt war, wie BitCoin deutlich zeigt: Von \$ 0,1 am Start bis zu \$ 1.200 in der Finanzkrise. Dann hat sich BitCoin (auch wegen diverser Vorwürfe und zwischenzeitlicher Verbote in einzelnen Ländern) bei € 700 eingependelt. Die Krisen in Argentinien und Griechenland haben aber z. B. gezeigt, dass bei nicht funktionierendem oder wochenlang stillstehendem Bankensystem Bitcoin oft der einzige Ausweg für den dringend notwendigen Geldverkehr war.

Menschen in Ländern, die kein funktionierendes Banksystem haben (Asien, Afrika, Südamerika) können via Handy mit Krypto-Währung einfach zahlen. Und da liegt die große Chance des Krypto-Geldes. Dabei geht es weniger um große Geldbeträge, sondern um Milliarden Menschen in der Dritten Welt, die bessere Lösungen für den Zahlungsverkehr und Sicherheit für ihre Ersparnisse brauchen. Wie Statistiken zeigen, hat Krypto-Geld deshalb vor allem in Asien, Afrika und Südamerika das größte Wachstum, während Europa und Nordamerika diesbezüglich noch nachhinken.

Eine Krypto-Währung ist an sich nicht gedeckt. Mit speziellen Computer-Programmen werden sogenannte Block-Chains

erstellt, das sind unverfälschbare Protokolle, die eigentliche Währung, daher auch Coin genannt. Diese Coins sind nicht kopierbar, werden von Computern erzeugt und in einer Art Netzwerk mehrfach kontrolliert. Das nennt man Mining, abgeleitet von dem im Bergbau ähnlichen Vorgang bei der Goldgewinnung. Krypto-Geld erfordert hohe Rechnerkapazitäten, daher werden viele Rechner miteinander vernetzt, um das Mining zu beschleunigen. Diese Dezentralität bringt mehr Sicherheit als eine Konzentration auf einen Rechner. Rechnerkapazitäten aber kosten viel Geld, genauso wie das Schürfen von Edelmetallen in Bergwerken. Daher bezeichnet man Krypto-Währungen auch als Internet-Gold. Genauso wie Gold kann die Krypto-Währung aber als Tauschmittel (Geld) benutzt werden.

Neue Entdeckungen, Entwicklungen, neue Wege waren immer von Euphorie und Skepsis gleichzeitig begleitet. Von Christoph Columbus bis Bill Gates. Die Pioniere am Beginn großer Entwicklungen hatten es nie leicht, kamen aber dank Überzeugung ihrer Idee zu außergewöhnlichen Erfolgen. Die Skeptiker hingegen sind immer auf der Strecke geblieben und haben später das Versäumnis bedauert. Laut Zukunftsforschern wird besonders das Krypto-Geld die Finanzbranche hinsichtlich des Zahlungsverkehrs dramatisch verändern. Der bisherige Weg der Banken, sinkende Zins- und Provisionserträge durch

steigende Zahlungsverkehrsgebühren auszugleichen, treibt immer mehr Menschen zu den günstigen und flexiblen Krypto-Währungen, meinen Experten.

Der Wert des Krypto-Geldes, liegt kurz zusammengefasst:

- a. im Vertrauen, dass man damit weltweit günstig überweisen kann
- b. dass möglichst viele Menschen daran teilnehmen
- c. dass kein Staat und keine Notenbank manipulativ eingreifen kann
- d. dass Krypto-Währungen im Gegensatz zu nationalen Währungen begrenzt sind (Bitcoin 21 Mio, OneCoin 21 Mrd)
- e. Krypto-Geld ist damit eine attraktive Anlagealternative, ein zweites Standbein zu €, \$, CHF etc., falls es wieder einmal Währungsturbulenzen gibt.
- f. Krypto-Geld kann man in Sekundenschnelle per Internet in alle Welt transferieren. Banküberweisungen dauern oft Wochen, wenn nicht Monate (Dritte Welt).
- g. für internationale Transaktionen fallen beim Krypto-Geld nur ganz geringe Kosten an, während beim derzeitigen Zahlungssystem enorm hohe Gebühren anfallen.

- h. die US-Regierung kontrolliert via SWIFT jede Bank-Überweisung. Beim Krypto-Geld ist dies von vorne herein viel schwieriger.
- i. Auswanderer können vor Ort ihre Werte und Ersparnisse ohne staatliche Kontrolle in Krypto-Geld umtauschen und im Zielland den Gegenwert rücktauschen und bei Krypto-Geld-Partnern sogar direkt zahlen. Dazu brauchen sie nur einen Internet-Zugang via handy oder PC und die Codes.

Was sagen öffentliche Stellen zum Krypto-Geld:

FMA, ÖNB und alle offiziellen Stellen in der EU und den meisten Staaten haben keine Freude mit den Krypto-Währungen, die bald eine echte Alternative zum Zahlungsverkehr darstellen werden. Die direkte Vernetzung von Auftraggeber zum Empfänger ermöglicht weltweit einen Geldtransfer, der genauso schnell und einfach wie eine E-mail erfolgt, während internationale Überweisungen oft mehrere Tage oder sogar Wochen dauern und mit hohen Gebühren belastet sind. Der Vorwurf der FMA nach Intransparenz bei Krypto-Währungen trifft in erster Linie Bitcoin wegen der (noch) vorhandenen Anonymität. Bitcoin ist aber nur teilanonym, da ja die Wallet-Adresse (als Nummer) bekannt ist, jedoch der Inhaber noch nicht. Bald will die EU bald mit einer Regulierung diese Anonymität aufheben. Allerdings können Empfänger außerhalb des EU-Raumes bzw. in sog.

„Schurkenstaaten“ wie Nordkorea nach wie vor anonym bleiben, wenn die betreffende Regierung nicht mit der EU kooperiert.

OneCoin als angeblich bessere Bitcoin hat diesen Makel beseitigt und verlangt von jedem Nutzer Reisepass und Wohnortbestätigung, genauso wie bei einer Kontoeröffnung bei einer Bank. Allerdings ist OneCoin noch nicht am Markt.

Zukunftsforscher gehen davon aus, dass künftig das Internet noch stärker das Leben der Menschen bestimmen wird. Dies betrifft auch das Bankwesen, vor allem im Zahlungsverkehr. Milliarden Menschen mit Smartphone stehen schon jetzt mit anderen Menschen in allen Erdteilen direkt in Verbindung. Bald werden diese auch direkt von Mensch zu Mensch Geld überweisen können, ohne eine Bank dazwischen zu schalten. Neben Bitcoin und OneCoin gibt es inzwischen noch über 100 weitere Anbieter von Krypto-Geld. Es wird sich zeigen, wer am schnellsten den größten Marktanteil an sich ziehen kann. Bitcoin hat dank einem Vorsprung von fast zehn Jahren noch die Nase vorne. Auf Rang zwei folgt schon OneCoin, allerdings mit einem enormen Zuwachs dank einem schneeballartigen Vertriebssystem. Auch große Banken beschäftigen sich inzwischen intensiver mit Krypto-Geld. So will die UniCredit bald auch mit einer Krypto-Währung starten (Anlage 5 – UniCredit).

Wenn das starke Wachstum bei OneCoin (über 3 Mio Nutzer in ca. 36 Monaten) weiter anhält oder sich sogar beschleunigt, so wird OneCoin bald zum Marktführer. Bitcoin konnte sich dennoch bisher als Nummer eins zu behaupten. Um nicht nur am Wertzuwachs, sondern auch am „Mining“ beteiligt zu sein, bietet der BitClub eine umstrittene Investitionsinitiative für Rechnerkapazitäten. Sowohl zu OneCoin als auch zum Bitclub gibt es immer wieder Warnungen in den Medien. Doch gab und gibt es nicht auch Warnungen zu Bitcoin?

Dies zeigt auch deutlich die enorme Gefahr für die internationalen Banken, die derzeit noch das Monopol für weltweiten Zahlungsverkehr haben und allmählich versuchen, auf den bereits abfahrenden Krypto-Zug noch aufzuspringen. Experten gehen davon aus, dass der Marktführer das Tempo vorgeben wird, alle Krypto-Währungen bald untereinander kompatibel sein werden und damit eine neue Ära im Zahlungsverkehr eingeleitet wird.

Oder wie der Unternehmensberater Bernd Richter in „Fondsprofessionell“ kürzlich zu Blockchain-Technologie treffend schreibt: „Die Büchse der Pandora ist geöffnet und lässt sich nicht mehr schließen. Wie seinerzeit beim Internet!“ Die Firma R3CEV forscht derzeit mit einem Konsortium aus J.P. Morgan, Goldman Sachs und HSBC, um die Blockchain-

Technologie in der Wertpapierabwicklung einzusetzen und bemüht sich dabei um gemeinsame Standards für Banken. Dies zeigt, dass hier bald mit revolutionären Änderungen zu rechnen sein wird, die viele bisher gewohnte Bankabwicklungen komplett verändern könnte.

Vor allem Flüchtlinge verwenden angeblich zunehmend Krypto-Geld, vor allem Bitcoins, indem sie möglichst viele Werte im Herkunftsland in Bitcoin anlegen. Damit vermeiden sie jede Überprüfung der Vermögen via Banken. Die Mitnahme von Bargeld in großen Mengen ist auf der Flucht gefährlich, lauern doch entlang der Routen Kriminelle, Schlepper, Betrüger etc. Bei einer Internet-Geldanlage in Krypto-Währungen kann dann jeder dort, wo er letztlich landet, einfach im Internet via Smartphone oder PC die Krypto-Währung wieder zu lokalem Geld machen. Hier liegt derzeit mangels Alternative wahrscheinlich einer der größten Vorteile einer Internet-Krypto-Währung.

8

BLOCKCHAIN UND BITCOIN: KRYPTO- GELD-PIONIER UND MARKTFÜHRER

Bitcoin die erste, kryptografische Internetwährung wurde 2009 entwickelt. Bitcoin wird von vielen Menschen benutzt und wird schon in über 100.000 Geschäften für direkte Zahlungen akzeptiert. Nachdem die erste Zahlung über Bitcoin tatsächlich funktionierte, stieg der Wert von Bitcoin rasant von USD 0,1 auf über \$ 1.200. Bitcoin wurde anfangs von Regierungen, Banken und internationalen Einrichtungen boykottiert. Bitcoin wurde in einigen Staaten (darunter China) sogar verboten. Doch im Internet kann man Verbote schwer durchsetzen, denn irgendwo ist immer ein Land, mit einem schwer kontrollierbaren Internet-Anschluss. Das ist der Vorteil im Internet, da kann ein Staat allein keine Verbote durchsetzen, auch nicht beim Internet-Geld. Inzwischen akzeptiert sogar die Stadt Zug in der Schweiz Bitcoins für Steuerzahlungen und die Schweizer Bundesbahn hat ihre Fahrscheinautomaten zu Bitcoin-Auszahlungsgeräten erweitert.

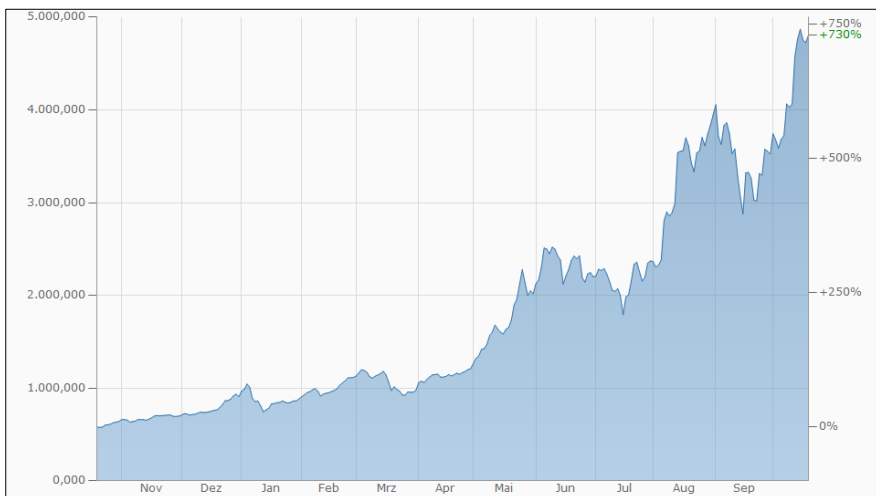
Bitcoin-Schwächen:

Ein Nachteil von Bitcoin liegt in der für manche etwas komplizierteren Technologie, die ggf. dazu führt, dass Bitcoins durch unsachlichen Umgang unwiederbringlich verloren gehen. Bitcoin ist zudem mit 21 Millionen Coins beschränkt. Vor allem aber stört die Anonymität, während heute weltweit eine strikte Registrierungspflicht für jeglichen Geldverkehr gefordert wird. Dies ist andererseits ein Vorteil für diskrete und vor allem für kriminelle Transaktionen. Allerdings plant die EU die verpflichtende Offenlegung der Wallets (Geldbörsen), auf denen Bitcoin und andere Krypto-Währungen gespeichert werden. Damit wäre jede Transaktion im Euroraum bzw. in der westlichen Welt offen und nachvollziehbar.

Wie sehr die anonyme Bitcoin inzwischen von Kriminellen, vermutlich aus „Schurkenstaaten“ genutzt wird, mussten ich und andere (darunter sogar Steuerberater) erfahren. Der PC-Virus Zepa verschlüsselt alle Dateien auf dem Computer, ggf- auch auf Sicherungs- und Backup-Dateien. Dann hat man gar nichts mehr! Für die Wiederherstellung verlangen die erpresserischen Hacker einen Betrag von ca. € 2.000,-- bis € 5.000. Allerdings wollen die keine Euro, Dollar, Franken etc., sondern ausschließlich anonyme Bitcoins! Mir und anderen nichts anderes übrig, wir haben Bitcoins gekauft, bezahlt und alle Dateien sind wieder voll zugänglich.

Daran erkennt man, dass bei Verwendung (anonymen) Bitcoin der Anteil an krimineller Nutzung sehr groß sein dürfte. Dennoch zeigt es, sehr Krypto-Währungen bald generell den bisherigen Welt- und Landeswährungen den Rang ablaufen werden. Seit den Panama-Papers dürfte der Druck auf anonyme Konten und Währungen stark zunehmen.

Im Jahr 2016 ist der Preis von Bitcoin von ca. € 300,-- auf über € 4.100,-- gestiegen, im September 2017 auf ca. € 3.300 gefallen und zuletzt bei ca. € 5.000,-- ein Allzeithoch erreicht. Dies zeigt einen ständig steigenden Wert trotz zwischenzeitlich enormer Schwankungen:



Quelle: www.finanzen.net vom 19.10.2017

Diese Entwicklung zeigt die gewaltige Nachfrage nach Krypto-Geld am Beispiel Bitcoin. Deshalb haben angeblich auch Bill Gates, Google, die NewYorker Börse etc. fast 1 Mrd Dollar in Bitcoin & Co. investiert, um an dieser Entwicklung zu partizipieren und Krypto-Geld weiter auszubauen. Bitcoins ist inzwischen eine anerkannte Währung, man kauft sie an internationalen Börsen, bei Bitcoin-Händler oder in letzter Zeit sogar bei Bitcoin-Automaten z. B. in Wien, Kufstein, Wörgl, Salzburg, Innsbruck etc. Alle Automaten und Annahmestellen sind übersichtlich unter www.coinmap.org auffindbar.

Neben dem Direktkauf von Bitcoin kann man sich auch am Mining (Erzeugung von Coins) beteiligen. Dabei bietet u. a. der Bitclub gute, wenn auch umstrittene Dienste. So kann man mit einem einmaligen Mitgliedsbeitrag von \$ 90,-- verschiedene BitClub-Anteile kaufen, meist zwischen \$ 500,-- und \$ 3.500,--, mit denen man dann am Mining beteiligt ist. Neuderings gibt es auch sog. GPU-Pakete bis zu € 5.000,--, mit denen kann man wahlweise neben Bitcoins auch andere Krypto-Währungen minen wie Monero, Ethereum etc.. Diese Anteile werden als Anlage mit ca. 30 % - 70 % Jahres-Ertrag aus den Mining-Erträgen propagiert. Weil der Vertrieb von BitClub-Anteilen via Netzwerk-Marketing als Schneeballsystem mit ca. 7 % Provision für den Vermittler aufgebaut wurde, wird der Verdacht des Internet-Betruges in diversen Pressemeldungen verbreitet. Allerdings erhält man beim

BitClub täglich Anteile aus den „geminten“ neuen (Bit)Coins, die man wieder in Euro umtauschen kann, sodass sich der Kapitaleinsatz laufend reduziert und schon nach kurzer Zeit ein laufender Zusatzertrag in Coins erzielt wird, die zudem auch noch eine laufende Wertsteigerung erfahren.

Bitcoin ist als erste Krypto-Währung der Welt auch als Wertanlage in überschaubarer Menge interessant. Da Bitcoin inzwischen als Währung betrachtet wird, hat der Europäische Gerichtshof kürzlich in einem Urteil Bitcoin und Krypto-Währungen als nicht mehrwertsteuerpflichtig bestätigt. Somit sind Krypto-Währungen umsatzsteuerlich genauso zu behandeln wie jede andere Währung, allfällige Gewinne sind wie Spekulationsgewinne innerhalb gegebener Fristen zu versteuern.

Hier gäbe es gewaltige Chancen für die lokalen Banken. Statt die ohnehin nicht aufzuhaltenden Krypto-Währungen zu bekämpfen, könnten die Banken durch eine Partnerschaft als Annahme- und Ausgabestellen für Krypto-Währungen fungieren. So wie früher viele Banken vor dem Euro durch Geldwechsel viel Geld verdienen konnten, würde sich hier eine sehr ertragreiche Einnahmensquelle ergeben. Inzwischen ergreifen die Tabakgeschäfte diese Chance, die eigentlich besser zu den Banken passen würde. Tabakgeschäfte verkaufen inzwischen genauso wie die Post umständlich Bitcoins in Form von endlos langen Ausdrucken, die der Kunde dann mühsam in seinen

Computer eintippen muß. Würden die Banken hingegen in ihren Foyes Bitcoin-Automaten aufstellen lassen, könnten sie ohne Arbeit und ohne Risiko schöne Zusatzgewinne aus den rasch steigenden Bitcoin-Umsätzen generieren.

Nicht nur Firmen und Startups, sondern auch Universitäten und Ministerien beschäftigen sich inzwischen mit dem Phänomen Krypto und der dahinter liegenden Blockchain-Technologie. So gab es vor kurzem Blockachain-Info-Veranstaltungen der UNI Wien, der Donau-Uni und der TU Wien. In Deutschland hat man Kryptowährungen wie Bitcoin reguliert und der Bankenaufsicht BAFIN unterstellt. Leider sehen sowohl BAFIN als auch die Banken z. B. Bitcoin als Konkurrenz, statt diese Möglichkeiten und Chancen zu nützen. In Österreich sind Krypto-Währungen (noch) nicht reguliert. Das könnte auch noch lange so bleiben, wie Innenminister Mahrer betont, weil er diese enorm zukunftsorientierte Blockchain-Technologie nicht durch Überregulierung vorzeitig behindern will. Er empfiehlt allen Wirtschaftsteilnehmern, sich mit Blockchain zu befassen, denn sie wird unser aller Leben total verändern. Alle sehr interessanten Vorträge und Beiträge aus der Blockchain-Bitcoin-Veranstaltung vom September 2017 im Juridicum Wien können angesehen werden unter:

<https://www.facebook.com/StadlerVoelkelRechtsanwaelte/videos/835776103256825/>

Neben Bitcoin gibt es nun auch zahlreiche andere, ähnliche Krypto-Währungen wie Monero, ZCash, Riple etc. Ethereum ist zwar keine Währung, sondern eine Blockchain-Technologie, die man für sogenannte „smart contracts“, also Verträge und Vereinbarungen nützen kann. Der Vorteil liegt dabei darin, dass man dann keinen Vermittler (Anwalt, Treuhänder, Notar etc) braucht, weil die Blockchain bereits alle Daten und Bestätigungen enthält. Alle diese Coins entspringen einem dezentralen Netzwerk, die bei Verwendung die Echtheit der Blockchain bestätigen und stellen somit Geld bzw. Werte dar, die von keiner zentralen Stelle oder Behörde (Notenbank, Regierung etc.) weder überprüft noch in irgendeiner Weise beeinflusst bzw. gelenkt werden kann.

Dezentral oder Zentral?

Uneins ist sich die Fachwelt, ob das Modell einer zentralen Kryptowährung, wie z. B. OneCoin Vorteile gegenüber einer dezentralen Struktur aufweist.

OneCoin hat nach eigenen Angaben von den Bitcoin-Erfahrungen gelernt. Die aktuelle Entwicklung, der akute Bedarf und der enorme Zulauf an Interessenten eröffnet OneCoin eine offenbar prächtige Zukunft. Das wird in zahlreichen, sehr professionellen Veranstaltungen mit OneCoin-Verkaufsstars dem staunenden Publikum plausibel und mitreißend erklärt. Im Gegensatz zu

Bitcoin will OneCoin über 120 Mrd Coins bis Mitte 2018 erzeugen und an den Markt bringen. OneCoin glaubt, dass die geringe Coin-Anzahl von Bitcoin den Bitcoinwert derart aufblasen könnte, dass er dann zum Schaden aller Coin-Inhaber eines Tages ebenso stark fallen könnte. OneCoin hingegen legt den Wert diktatorisch fest und achtet dabei auf eine stete, aber lineare Wertentwicklung. So wird der Wert von OneCoin momentan mit € 15,95 beziffert. OneCoins kann man nur über die interne Handelsplattform DealShaker verwenden, indem man die dort gelisteten ca. 40.000 Produkte spezieller Anbieter kaufen kann. Dabei ist meist ein Mix von 50 % OneCoin und 50 % Euro als Bedingung.

„Ich prüfe jedes Angebot, es könnte das beste in meinem Leben sein!“ (Henry Ford)

Weitere Infos bei fuchsanalysen@gmx.at, 0043 664 3152370,

Internet unter www.onecoin.eu oder bei youtube: Die Zukunft des Geldverkehrs. <https://youtu.be/w52kywQ622o>

Literaturhinweis:

Bitcoin – Geld ohne Staat: Die digitale Währung (allerdings mit Geldschöpfungs-Irrtum!)

Anlage 1) – eine unrichtige und polemische Interpretation der Geldschöpfung aus Nichts

GELD AUS DEM NICHTS – MYTHOS ODER TATSACHE?

(Auszug aus dem Bericht über den wissenschaftlichen Beweis einer Geldschöpfung bei einer Raiffeisenbank in Bayern – von Reinhold Mattersberger):

Die Kontroverse darüber, ob Banken Geld „aus dem Nichts“ schaffen können, ist alles andere als neu. Die Recherche im reichen Fundus der Fachliteratur zeigt, dass diese Kontroverse bereits über ein Jahrhundert alt ist. Die aktuelle Finanzkrise hat das Interesse an diesem Thema wieder neu aufleben lassen – und das nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch bei den einfachen Bürgern. (Die sich bspw. die berechtigte Frage stellen, wie es sein kann, dass Banken zusammenbrechen können, wenn diese doch – wie man immer öfter hören und lesen kann – Geld aus dem Nichts schaffen können, und vor allem: warum sie dann in weiterer Folge ungefragt zur Übernahme der Kosten dieser Zusammenbrüche verpflichtet werden.) Trotz der schwerwiegenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die gesamte Gesellschaft blieb diese überaus wesentliche Frage ungeklärt.

Zwar kann der interessierte Bürger bei Recherchen eine Menge Aussagen zu dem Thema finden, alle Aussagen haben jedoch eines gemeinsam: Sie stützen sich nur auf die (angebliche) Fachkompetenz des jeweiligen Autors. Belegte Fakten sucht man vergeblich. Diese scheinen nicht zu existieren. Wie dem auch sei: Seit dem 7. August 2013 liegen erstmals belegte Fakten zu dieser Frage vor.

Die Theorien

Über die Rolle der Banken in der Wirtschaft ist im vergangenen Jahrhundert und darüber hinaus viel geschrieben worden. Oft haben sich die Autoren jedoch mit der Frage, ob die Banken Geld schöpfen, nicht beschäftigt, da sie einfach davon ausgegangen sind, dass ihre bevorzugte Theorie den Tatsachen entspricht – so hinterfragen sie ihre bevorzugte Theorie nicht, geschweige denn, dass sie verschiedene Theorien verglichen hätten. Eine Überprüfung der Fachliteratur identifiziert drei verschiedene, sich gegenseitig ausschließende Theorien, jede von ihnen war etwa ein Drittel des 20. Jahrhunderts die vorherrschende Sichtweise.

Die aktuell vorherrschende Ansicht ist, dass die Banken reine Finanzvermittler sind, welche Einlagen sammeln und weitergeben, genau wie andere Finanzinstitutionen, die keine Banken sind – ohne besondere Eigenschaften. Diese Ansicht wird

die *Finanzintermediär-Theorie* genannt und sie ist die vorherrschende Sichtweise seit dem Ende der 1960er Jahre.

Etwa zwischen den 1930er und den späten 1960er Jahren war die vorherrschende Sichtweise, dass das Bankensystem „einzigartig“ sei, da die Banken im Gegensatz zu Finanzintermediären, im Kollektiv Geld schaffen können und zwar auf der Grundlage des Teilreservemodells (auch bekannt als Multiplikatormodell). Trotz ihrer kollektiven Fähigkeit zur Geldschöpfung ist jede einzelne Bank nach dieser Sichtweise nur ein reiner Finanzvermittler, der Einlagen sammelt und weiterverleiht – ohne die Fähigkeit, selbst Geld zu schöpfen. Diese Ansicht wird *Teilreserve-Theorie* genannt.

Die dritte Theorie über die Funktionsweise des Bankensektors ist in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts aufgekommen. Anders als bei der *Finanzintermediär-Theorie* und im Einklang mit der *Teilreserve-Theorie* behauptet diese, dass das Bankensystem neues Geld schafft. Jedoch geht sie weiter als letztgenannte und unterscheidet sich in einer Reihe von Punkten. Diese Theorie behauptet, dass jede einzelne Bank kein Finanzvermittler ist, der bei der Kreditvergabe Spareinlagen oder Reserven der Zentralbank weiterreicht, sondern den gesamten Kreditbetrag aus dem Nichts schafft. Diese Ansicht wird *Kreditschöpfungstheorie* genannt.

Da die Kontroverse über die Theorien nie beigelegt wurde, herrscht große Verwirrung: Heute finden wir Zentralbanken – manchmal dieselben Zentralbanken, die verschiedenen Theorien anhängen; im Fall der Bank of England sind deren Bedienstete gleichzeitig Anhänger jeder der drei sich gegenseitig ausschließenden Theorien!

Die drei Theorien basieren auf verschiedenen Beschreibungen, wie Geld und Banken funktionieren und führen dementsprechend zu unterschiedlichen Vorschriften zur Bankenregulierung. Eine wirksame Bankenregulierung ist logischerweise nur möglich, wenn man ihr die Theorie zugrunde legt, die der praktischen Realität entspricht – also spielt es eine bedeutende Rolle, welche der drei Theorien richtig ist. An dieser Stelle sei noch so viel gesagt: Der moderne Ansatz zur Regulierung von Banken, so wie er spätestens seit Basel I (1988) umgesetzt ist, basiert auf der Annahme, dass die *Finanzintermediär-Theorie* richtig ist. Beim Reality-Check kann man auf jeden Fall eines feststellen: Die eigenmittelbasierten Ansätze für die Bankenregulierungen, wie sie vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht in Form von Basel I und II umgesetzt wurden, hat uns bisher nicht vor großen Bankenkrisen geschützt.

Die beschämende Rolle der Wissenschaft

Wie kann es sein, dass es in einer so fundamentalen Frage, wie der, ob (einzelne) Banken Geld aus dem Nichts schaffen können oder nicht, über ein Jahrhundert kaum einen Fortschritt gegeben hat? Eine Ursache liegt sicherlich in der Methode, die in der Wirtschaftswissenschaft des 20. Jahrhunderts vorherrscht, nämlich die hypothetisch-deduktive Methode: Unbewiesene „Axiome“ werden „postuliert“, unrealistische Annahmen hinzugefügt und daraus werden theoretische Modelle gebaut. Über diese Modelle lässt sich dann trefflich streiten, was aber nicht dazu führt, dass man der Klärung der Frage, welche Theorie nun den Tatsachen entspricht, entscheidend näher kommt.

Doch wie kann die Angelegenheit geklärt werden? Ganz einfach so, wie man das in ernstzunehmenden Wissenschaften macht: Durch die induktive Methode. Man verlässt die Welt der deduktiven theoretischen Modelle und lässt die empirische Realität als Schiedsrichter über die Wahrheit walten. Oder mit anderen Worten: Man klärt die Angelegenheit durch empirische Beweise. Es muss in aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Wirtschaftswissenschaften haben sich hier nicht mit Ruhm bekleckert. Mehr als ein Jahrhundert lang (!) haben sie es nicht geschafft, eine empirische Überprüfung ihrer Theorien durchzuführen.

Es fällt auf, dass die lange Kontroverse um die Theorien oftmals irrational geführt wurde. Man verwendete verschiedenste rhetorische Mittel, um die jeweils anderen Theorien zu verunglimpfen. Insbesondere die *Kreditschöpfungstheorie* und ihre Anhänger wurden und werden immer wieder verspottet, lächerlich gemacht und beleidigt. Von Sachlichkeit, die man von ernstzunehmender Wissenschaft erwarten würde, ist oft keine Spur. Beispielhaft und stellvertretend sei hier ein bekanntes Nachschlagewerk zum Thema Geld (Eatwell, John, Milgate, Murray, & Nevvman, Peter: *The New Palgrave Money*) erwähnt, welches für sich beansprucht, ausgewogene Perspektiven zu bieten. Es enthält ein Kapitel mit dem Titel „Spinner“ (original: „cranks“). Das Kapitel endet mit einer Litanei an ad hominem Verunglimpfungen, Verleumdungen und Rufmorden, indem großzügig Bezeichnungen wie „Spinner“, „Phrasendrescher“, „Agitatoren“, „Populisten“ und sogar „Verschwörungstheoretiker“ vergeben werden.

Die empirische Überprüfung

Die empirische Überprüfung erfolgte am 7. August 2013 durch Prof. Richard Werner in Form des Abschlusses eines echten Kreditvertrages bei einer kleinen, regional verwurzelten Genossenschaftsbank (Raiffeisenbank Wildenberg e.G.) in Deutschland. Die Überprüfung wurde nicht zuletzt deshalb bei

einer kleinen Bank durchgeführt, weil große Banken eine Mitarbeit abgelehnt haben. Als Begründung wurde von den großen Banken in der Regel angegeben, dass die erforderliche Offenlegung der internen Buchhaltung das Bankgeheimnis oder die IT-Sicherheitsregeln verletzen würden und dass andererseits bei dem großen Transaktionsvolumen die geplante Überprüfung sehr schwierig durchzuführen wäre. Die Durchführung der Untersuchung bei einer kleinen Bank bedeutet aber keinen Nachteil, weil alle Banken in der EU nach den gleichen europäischen Vorschriften arbeiten (müssen), womit die empirischen Informationen auf jeden Fall repräsentativ sind.

Die Bank gewährte den Kredit und legte alle relevanten Aufzeichnungen der internen Buchhaltung (die Tagesbilanzen) offen, ebenso den internen Standardablauf ihres Kreditvergabeverfahrens. Es wurde eine schriftliche Vereinbarung unterzeichnet, die bestätigt, dass die geplanten Transaktionen Teil einer wissenschaftlichen empirischen Untersuchung sind und dass sich der Forscher nicht mit den Mitteln davonmacht, wenn diese auf sein persönliches Konto überwiesen werden. Weiters wurde vereinbart, dass der Kredit unmittelbar nach Abschluss der Untersuchung wieder getilgt wird.

Abgesehen von den beiden (einzigen) Direktoren der Geschäftsführung war auch der Leiter der Kreditabteilung anwesend. Die Direktoren waren unbeteiligte Zuschauer, sie hatten weder Zugang zu Computer-Terminals noch gaben sie irgendwelche Anweisungen. Der Leiter der Kreditabteilung nahm auch die Funktion des Kundenbetreuers wahr und war der einzige Vertreter der Bank, der in den Ablauf der Kreditvergabe involviert war: am Anfang, bei der Kundendokumentation, beim Unterzeichnen des Kreditvertrages und der Buchung des Kreditbetrages auf das Konto des Kreditnehmers am Schluss. Die gesamte Transaktion, einschließlich der manuellen Eingaben des Kundenbetreuers, wurde gefilmt. Es wurden auch die Bildschirme des bankinternen IT-Terminals fotografiert. Darüber hinaus war ein Team von der BBC vor Ort und filmte den Hauptteil des empirischen Bankkredit-Experiments.

Die entscheidende Frage bei der Untersuchung war klarerweise: Woher hat die Bank die Mittel erhalten, die dem Kreditnehmer (dem Forscher) gutgeschrieben wurden? Als der Forscher entsprechend der *Teilreserve-Theorie* nach Reserveguthaben der Bank fragte, wurde erklärt, dass die Bank ihre Reserven bei der zentralen Organisation der Genossenschaftsbanken hält, welche wiederum ein Konto bei der Zentralbank hält. Diese Zentralbankreserven beliefen sich auf einen Betrag von € 350 000, welcher sich während des Beobachtungszeitraums nicht

verändert hat. Es wurde festgestellt und bestätigt, dass keiner der Bankmitarbeiter zusätzliche Aktivitäten durchführte, wie zum Beispiel die Ermittlung der verfügbaren Einlagen oder Gelder innerhalb der Bank – oder Anweisungen zu geben, Mittel aus anderweitigen Quellen auf das Konto des Kreditnehmers zu überweisen (bspw. durch das Kontaktieren der bankinternen Finanzierungsabteilung um bankexterne Interbankenfinanzierungsquellen zu beauftragen). Es wurden auch keine Anweisungen gegeben, Reserven zu reduzieren oder sich Reserven zu leihen, weder bei der Zentralbank, noch bei der Zentrale der Genossenschaftsbanken oder bei einer anderen Bank oder Organisation. Mit anderen Worten: Es war offensichtlich, dass nach der Unterzeichnung des Kreditvertrags durch beide Parteien sofort die Mittel auf das Kreditkonto gebucht wurden, ohne weitere Kontrolle oder Anweisungen, um Mittel zu transferieren. Es gab keine Verzögerungen oder Beratungen oder andere Buchungen. Der Kreditnehmer sah im Moment der Kreditvergabe die Erhöhung seines Kreditkontostandes. Die gesamte Prozedur der Kreditvergabe, von Anfang bis Ende, bis die Mittel auf dem Kreditkonto verfügbar waren, dauerte ungefähr 35 Minuten (und wurde durch das Filmen und die häufigen Fragen des Forschers deutlich gebremst).

Alle Mitarbeiter der Bank bestätigten, dass sie weder vor noch nach der Unterzeichnung des Kreditvertrags und vor der

Buchung auf das Kreditnehmerkonto Auskünfte von irgendwelchen Dritten innerhalb oder außerhalb der Bank eingeholt hätten; weiters dass sie nicht den Stand der verfügbaren Einlagen geprüft oder in Verbindung mit dem Kreditvertrag Buchungen irgendeiner Art oder Überweisungen durchgeführt haben.

Die Ergebnisse

Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	- E 200		
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200		
Summe	0	Summe	0

(1) Finanzintermediär-Theorie

Schritt 1. Ausgangsbilanz vor der Kreditvergabe			
Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	+ E 200	Einlagen	+ E 200
Summe	+ E 200	Summe	+ E 200
Schritt 2. Darstellung der Kreditvergabe			
Aktiva		Passiva	
Überschussreserven	- E 200		
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200		
Summe	0	Summe	0

(2) Teilreserve-Theorie

Aktiva		Passiva	
Ausleihungen und Anlagen	+ E 200	Einlage aus der Kreditvergabe	+ E 200
Summe	+ E 200	Summe	+ E 200

(3) Kreditschöpfungstheorie

Die unterschiedlichen Theorien müssen sich in den (Tages-) Bilanzen der Bank natürlich auch unterschiedlich ausdrücken. (Schematische Darstellung der Bilanzgrößen je nach Theorie siehe rechts.)

Die Schlüsselfrage ist, ob als Voraussetzung für die Buchung des gutgeschriebenen Betrages dieser Betrag von einem anderen Konto abgezogen wird, was zur Reduktion anderer Größen in der Bilanz – entweder Reserven (wie die Teilreserve-Theorie behauptet) oder anderer Mittel führt (wie die Finanzintermediär-Theorie behauptet). Sollte festgestellt werden, dass die Bank in der Lage ist, die Kreditsumme des Kreditnehmers zu buchen, ohne Geld von einem anderen internen oder externen Konto abzubuchen, würde das einen Anscheinsbeweis dafür darstellen, dass die Bank in der Lage war, die Kreditsumme aus dem Nichts zu schaffen. Dieser Fall würde die Kreditschöpfungstheorie stützen und demnach müsste die Theorie, dass die einzelne Bank ein Vermittler ist, der zuerst Einlagen oder andere Mittel sammeln muss, bevor er Kredite gewähren kann (in Übereinstimmung mit der Teilreserve-Theorie oder der Finanzintermediär-Theorie), verworfen werden.

Analysiert man nun die Informationen über die Passiva in den offengelegten Tagesbilanzen, erkennt man sofort, dass die

Kundeneinlagen Teil der Bilanz des Kreditinstituts sind. Die Finanzintermediär-Theorie geht davon aus, dass Banken sich nicht von anderen Finanzinstitutionen unterscheiden, die keine Banken sind. Nun ist es jedoch so, dass andere Finanzinstitutionen ihre Kundeneinlagen außerhalb der Bilanz halten müssen. Also kann ausgeschlossen werden, dass die Finanzintermediär-Theorie der praktischen Realität entspricht.

Weiters ist auf der Passivseite der Bilanz eine Zunahme der Verbindlichkeiten zu beobachten, die dem Kreditbetrag entspricht. Eine vorhergehende Erhöhung der Einlagen, die die Teilreserve-Theorie als Voraussetzung für eine Kreditvergabe fordert, ist nicht erkennbar. Die Passivseite der Bilanz scheint nur mit der Kreditschöpfungstheorie im vollkommenen Einklang zu stehen.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist zu beobachten, dass die Reserven weniger wurden, während die Forderungen an Kunden deutlich gestiegen sind. Darüber hinaus ist auch die Bilanzsumme um einen Betrag gestiegen, der in etwa dem Kreditsaldo entspricht.

Entsprechend der Finanzintermediär-Theorie wäre ein Rückgang der Reserven (Guthaben bei anderen Finanzinstituten und Barmittel) um denselben Betrag wie der Betrag der Steigerung an Kundenkrediten zu erwarten. Die Reserven haben aber um weit weniger abgenommen. Zur gleichen Zeit wurde die Bilanz durch

eine deutliche Zunahme der Forderungen an Kunden verlängert. Wenn die Bank sich, entsprechend der Finanzintermediär-Theorie, Geld von anderen Banken geliehen hätte, um den Kredit zu finanzieren, sollte sich weder der Kassenbestand erhöht, noch die Bilanz verlängert haben. Womit die Finanzintermediär-Theorie verworfen werden muss.

Wenn wir die Teilreserve-Theorie betrachten, kann durch die Befragung der Bankmitarbeiter ausgeschlossen werden, dass jemand von ihnen vor der Unterzeichnung des Kreditvertrags die Höhe der Reserven oder der Guthaben bei anderen Banken überprüft hat, um für den Kreditnehmer Mittel verfügbar zu machen. Darüber hinaus scheint es keine Indizien dafür zu geben, dass die Reserven in einem der Kreditvergabe entsprechenden Maß zurückgegangen wären. Schließlich kann die beobachtete Ausweitung (Verlängerung) der Bilanz auch nicht mit der Standardbeschreibung der Teilreserve-Theorie in Einklang gebracht werden. Daher müssen wir auch diese verwerfen.

Damit verbleibt nur mehr die Kreditschöpfungstheorie. Wenn man alle anderen Transaktionen ausschließt, zeigt eine einfache Kontrollrechnung, dass sich die Bilanz der Bank um den gleichen Betrag verlängert, wie Kredite vergeben wurden. Diese Feststellung stimmt nur mit der Kreditschöpfungstheorie überein.

Fazit: Weder die Finanzintermediär-Theorie noch die Teilreserve-Theorie kann mit der praktisch beobachteten Realität in Einklang gebracht werden. Das ist ausschließlich für die Kreditschöpfungstheorie möglich. Somit steht fest: Dass (einzelne) Banken Geld aus dem Nichts schaffen, ist kein Mythos.

Juristische Folgerungen

Aus bilanzrechtlicher Sicht handelt es sich bei der (Giral-) Geldschöpfung durch Geschäftsbanken um eine Bilanzverlängerung. Es entsteht in diesem Buchungssatz gleichzeitig eine Forderung und eine Verbindlichkeit (die einander aus wirtschaftlichen und logischen Gründen sofort gegenseitig aufheben) gegenüber derselben Person: dem Kreditnehmer.

Bankbilanz	
Aktiva (Vermögen)	Passiva (Eigenkapital, Schulden)
Forderung (Kreditnehmer)	Sichtguthaben (Kreditnehmer)

Dieser Buchungssatz dokumentiert, dass der Kreditnehmer zugleich auch Gläubiger der Bank im Sinne von Verfüger über diese sogenannten „Sichteinlagen“ oder „Sichtguthaben“ ist (denn diese „Sichteinlagen“ stehen auf der Passivseite der Bankbilanz

und stellen aus Sicht der Geschäftsbank eine Verbindlichkeit dar). Die übliche Praxis, diese „Sichteinlagen“ dann bilanziell als „Vermögen“ zu bezeichnen, verstößt eindeutig gegen die internationalen Rechnungslegungsvorschriften, wie das Michael Schemmann, Vorsitzender des International Institute of Certified Public Accountants (IICPA) klar darlegt. In seinem offenen Brief an das Financial Accounting Standards Board (FASB) und International Accounting Standards Board (IASB) vom Mai 2013 geht er mit seinen Zunftscollegen hart ins Gericht. Unmissverständlich erklärt er, wie die Rechnungslegung der Banken die Regeln der Buchhaltung pervertiert. Leicht nachvollziehbar argumentiert er, dass eigentlich kein Wirtschaftsprüfer die Jahresabschlüsse von Banken testieren dürfte, weil die sogenannten „Sichteinlagen“ nicht den Anforderungen der FASB Buchhaltungs-Richtlinie (ASC 305-10-20) entsprechen, welche da u.a. (frei übersetzt) lautet: »Der Inhaber muss in der Lage sein, seine Finanzmittel [Anmerkung der Autoren: die sogenannte „Sichteinlage“] jederzeit einzulegen oder abzuheben, ohne dass er das vorher anmelden muss und ohne, dass er dafür eine Strafgebühr zahlen muss.« Wie weit dies von der Realität entfernt ist, weiß jeder Bankkunde, der schon einmal versucht hat, sich unangemeldet größere Guthaben bar auszahlen zu lassen. (Darüber hinaus zeigen auch die öffentlich zugänglichen Statistiken der EZB, dass diese Anforderung in unserem Bankensystem nie erfüllt ist.)

Doch nicht nur Wirtschaftsprüfer scheinen in Bezug auf Banken die Definitionen und die fachlichen Grundlagen für ihre Beurteilungen vergessen zu haben. Unter Juristen (egal ob Rechtsanwälte oder Richter) scheint die Definition von „Kredit“ so gut wie unbekannt zu sein: „Kredit ist die zeitweise Überlassung von eigenen Mitteln an einen anderen zur wirtschaftlichen Verwertung.“ (Gerhard Köbler, Juristisches Wörterbuch. 15. Ausgabe, Verlag Vahlen, München 2012) Das durch Bilanzverlängerung geschöpfte Giralgeld der Geschäftsbanken entsteht als Bankverbindlichkeit (die Girokonten der Bankkunden stellen allesamt Bankverbindlichkeiten dar). Bei sachlicher Betrachtung ist offensichtlich, dass es sich dabei nicht um „eigene Mittel“ der Bank handeln kann, denn genau diese sind ja nicht vorhanden, wenn (in der Bankbilanz) eine Verbindlichkeit ausgewiesen wird. Diese sachliche Betrachtung der Tatsachen findet jedoch so gut wie nie Eingang in rechtliche Beurteilungen.

Ganz grundsätzlich ist zu bemerken, dass in der Rechtsprechung die Tatsache der Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken nicht berücksichtigt wird. Nach wie vor gehen Gerichte von der fundamental falschen Annahme aus, Banken würden entweder die Einlagen von Sparern oder aber geliehenes Geld von anderen Geschäftsbanken oder von der Zentralbank als Kredite weitergeben.

Das Unwissen um die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken und die mangelnde sachliche Betrachtung der tatsächlichen Sachverhalte im Bankgeschäft führen unvermeidlich dazu, dass die Rechtmäßigkeit der Forderungen von Banken nie hinterfragt wird, woraus in weiterer Folge immer Fehlurteile zum Nachteil von Kreditnehmern resultieren.

Aus der Tatsache der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken ergibt sich ein weiteres, schwerwiegendes Problem. Bekanntlich fordern Geschäftsbanken für das von ihnen geschöpfte Giralgeld (juristisch unrichtig als „Kredite“ bezeichnet) Zins und Zinseszins. Bei entsprechenden „Kredit“beträgen und Laufzeiten häufen sich durch Zins und Zinseszins beträchtliche Beträge an. Die Bank erbringt als Gegenleistung nur einige Buchungen. (Die tatsächlichen Aufwände einer Bank für eine – sogenannte – Kreditvergabe sind in der Beilage 1 von Richard Werners Studie detailliert aufgelistet.) Warum ist das problematisch? Ganz einfach: Weil diese Umstände bei unvoreingenommener Betrachtung den Straftatbestand des (Geld-) Wuchers erfüllen. Denn von (Geld-) Wucher sprechen die Strafgesetzbücher (in Österreich StGB § 154 „Geldwucher“, in Deutschland StGB § 291 „Wucher“, in der Schweiz StGB Art. 157 „Wucher“) dann, wenn sich jemand für eine Leistung einen Vermögensvorteil versprechen oder gewähren lässt, der in auffallendem Missverhältnis zum Wert der eigenen Leistung steht.

Was ist Geld?

Eines kann man über Geld mit Sicherheit sagen: Nämlich dass es eines der am schlechtesten verstandenen Phänomene des alltäglichen Lebens ist. Die sogenannte Finanzkrise ist nur eine (und bei weitem nicht die einzige) natürliche Konsequenz daraus. Wie wenig das Phänomen Geld verstanden wird, lässt sich schon sehr gut an der Ungenauigkeit der verwendeten Begriffe erkennen. Das, was man im täglichen Sprachgebrauch als Geld bezeichnet, müsste man präzise als Symbole für Verrechnungseinheiten bezeichnen. (Aus dem praktischen Leben kennen wir physische Repräsentationsformen – Bargeld, also gesetzliche Zahlungsmittel, aber auch rein elektronische – Kontostände, die aber keine gesetzlichen Zahlungsmittel sind.) Tatsächlich ist Geld jedoch die soziale Konvention, Forderungen und Verbindlichkeiten in Verrechnungseinheiten auszudrücken. Aus dieser Erkenntnis resultiert, dass Geld und Buchhaltung untrennbar miteinander verbunden sind. Dadurch ergibt sich weiters, dass sich die sogenannte Finanzkrise leicht lösen (und ganz nebenbei noch eine echte Demokratie einführen) lässt, indem man sich an der Wahrheit der nachfolgenden drei Tatsachen orientiert:

1. Alles, was Geld betrifft, ist nur eine Frage der Buchhaltung.
2. Buchhaltung beruht auf Gesetzen.
3. Das Recht und damit die Gesetze sollten vom Volk ausgehen und nicht von einer Gruppe selbstermächtigter Bank(st)er.

Anlage 2) Eine auf dem Irrtum der Geldschöpfung aufgebaute „Vollgeld-Initiative“

DIE VOLLGELD-INITIATIVE:

Was ist Vollgeld?

Vollgeld ist vollgültiges und bestandsichertes Geld - im Unterschied zum Giralgeld. Giralgeld ist das von Banken erzeugte Buchgeld. Bei diesem handelt es sich um die Guthaben auf Girokonten für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Vollgeld wird dagegen von einem staatlichen Organ ausgegeben, in der Regel der Zentralbank.

Vollgeld existiert heute als Bargeld (Münzen und Banknoten) und vor allem als Buchgeld der Zentralbank (sog. Reserven). Solche Reserven befinden sich jedoch ausschließlich auf Konten der Banken bei der Zentralbank, nicht auf Kunden-Girokonten bei den Banken.

Das heute meistgebrauchte Zahlungsmittel ist Giralgeld (80%), nicht Vollgeld (nur 20% der umlaufenden Geldmenge).

Giralgeld ist ebenso wie Vollgeld im Prinzip jederzeit verfügbar. Aber Vollgeld ist tatsächlich vorhanden, bestandsicher und befindet sich im Besitz der Kunden. Giralgeld dagegen befindet

sich nicht im Besitz der Kunden, sondern stellt nur ein Versprechen der Banken dar, auf Verlangen Bargeld (Zentralbankgeld) dafür auszusahlen. Giralgeld ist eine weitgehend ungedeckte Forderung, die wir an unsere Bank haben. In diesem Sinn ist Giralgeld ein Bargeldkredit, den die Kunden der Bank überlassen.

Die Deckung von Bankengeld (Giralgeld) durch Zentralbankgeld beträgt normalerweise im Durchschnitt nur 3–6 Prozent, aktuell krisenbedingt 12 Prozent.

Banken erzeugen immer dann Giralgeld, wenn sie Kredit und Überziehungskredit ausstellen, ebenso wenn sie Wertpapiere und Sachwerte wie zum Beispiel Immobilien kaufen. Das Zentralbankgeld dafür besitzen die Banken beim Kauf nicht, bzw. nur zu den genannten 3–6 Prozent. Die Banken erzeugen das eigentlich fehlende Geld, indem sie ein entsprechendes Guthaben für den Empfänger im Kunden-Kontokorrent gutschreiben. In der Bilanz der Bank erscheint das so erzeugte Kundenguthaben als Verbindlichkeit der Bank gegenüber dem Kunden (Passivum). Dem stehen als Aktivum die betreffende Kreditforderung bzw die betreffenden Wertpapiere oder Immobilien gegenüber.

Anders als es im Lehrbuch steht, verläuft die historisch reale Banken-Giralgeldschöpfung auf Dauer stets überschießend, d.h. es wird fortlaufend viel mehr Geld erzeugt als dem ein reales

Wirtschaftsprodukt gegenüber steht. Dies führt zu Inflation und zuletzt vor allem zu Asset Inflation (Mengenaufblähung von Finanztiteln und Inflation der Finanzgüterpreise = Finanzmarktblasen). Wirtschafts- und Börsenzyklen werden dadurch in krisenerzeugende Extreme getrieben, die sie sonst nicht erreichen würden (oder doch historisch nur überaus selten wie etwa in der Holländischen Tulpenmanie in den 1630er Jahren). Die brachialen Krisen schaden den Finanzvermögen und der Realwirtschaft gleichermaßen.

In jeder Bankenkrise erweist sich außerdem, dass Giralgeld in seinem Bestand gefährdet, also unsicheres Geld ist. Einlagensicherungsfonds sind der beredte Beleg dafür. Aber im Ernstfall nützen Fonds kaum etwas – je größer die Bankenkrise, desto weniger tragfähig sind diese Fonds.

In den 15 Jahren vor der Krise wuchs die Geldmenge M1 in Deutschland um 189%, das nominale BIP (mit Verbraucherpreisinflation) um 51%, das reale BIP (Inflation herausgerechnet) um 23%. Von daher kann man sagen, nur 1/8 des Geldmengenwachses diente realer Wirtschaftsproduktivität und realen Einkommenszuwächsen. Ein weiteres 1/8 ging in Verbraucherpreisinflation. Wo blieben die restlichen 3/4? Sie flossen in Finanzmarkt-anlagen, zu einem erheblichen Teil rein spekulativer Natur ('Globales Kasino').

Die typischen Geschäftsfelder für Überinvestments auf der Grundlage überschießender Giralgeldschöpfung sind Aktienhaussen, Immobilienbooms, Fusionen&Übernahmen, insb. feindliche Übernahmen, und seit den 1970ern die Riesenblase der Staatsanleihen in fast allen Industrieländern. In Verbindung mit jeder solchen 'Bonanza' (= Überinvestment = Überschuldung) kommt es regelmäßig zu deren Aufhebelung durch direkte Kreditaufnahme (Giralgeldschöpfung). Abgesehen davon werden alle Finanzmarktprozesse von einer fortlaufenden großvolumigen Zins- und Devisenspekulation begleitet.

Bei den bisherigen Analysen der Finanzkrise seit 2007/08 und der daraus folgenden aktuellen Gesetzgebung hat man vielerlei in Betracht gezogen, aber den eigentlichen Kern des Problems hat man bisher außen vor gelassen: die faktisch unbegrenzte Giralgeldschöpfung der Banken. Das Geldsystem liegt der Finanzwirtschaft zugrunde, wie diese die Realwirtschaft konditioniert und kontrolliert. Um die Finanzen in den Griff zu bekommen muss man das Geld unter Kontrolle bekommen, insbesondere die Geldschöpfung und die Erstverwendung neu geschaffener Zahlungsmittel.

Eine Vollgeldreform macht aus Giralgeld (Bankengeld) Vollgeld (Zentralbankgeld), das positiv auf einem Geldkonto vorhanden ist. Dazu wird das heutige Münzmonopol der Regierung und

Banknotenmonopol der staatlichen Zentralbank ausgedehnt auf alle unbaren Zahlungsmittel auf laufenden Konten und mobilen Geldspeichern. Die Giralgeldschöpfung der Banken wird beendet. Der Gewinn aus der Geldschöpfung – die Seigniorage – kommt dann ungeschmälert den öffentlichen Haushalten zugute.

Herausgegeben wird neues Geld von der Zentralbank langfristig und zum größten Teil durch Überlassung der Mittel an den Staatshaushalt. Damit wird eine originäre Seigniorage realisiert, wie sie dem traditionellen Geldregal, der hergebrachten staatlichen Geldhoheit entspricht: dieses Geld wird von der öffentlichen Hand schulden- und zinsfrei eingenommen und ausgegeben. Durch die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand kommt das neue Geld in Umlauf. Kurzfristig und zu einem relativ geringen Teil kann neues Geld wie bisher auch durch Zentralbankkredit an Banken ausgegeben werden. Dadurch entsteht eine Zinsseigniorage.

Vollgeld der Zentralbank ist sicheres Geld. Es kann in Banken Krisen nicht verschwinden. Von Konkurs bedrohte Banken müssten nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit gerettet werden. Die Geldmenge wäre vollständig unter Kontrolle. Für überschießende Finanzmarktspekulation würden die Banken nicht mehr zusätzliches Giralgeld erzeugen können.

Finanzmarkt- und Konjunkturzyklen würden erheblich moderater verlaufen.

Der Geldschöpfungsgewinn käme ungeschmälert dem öffentlichen Haushalt zugute. Nach heutigen Maßstäben wären das in Deutschland etwa 25 Mrd Euro je 1 Prozent Wirtschaftswachstum. Damit ließen sich je nach Konjunktur 1–6 Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts finanzieren.

Darüber hinaus würden die Bestände an Giralgeld, zuletzt etwa 1.100 Mrd Euro, nach und nach durch Vollgeld ersetzt. Das entspricht der Hälfte der Staatsschuld bei zuletzt etwa 2.100 Mrd Euro. Soweit das Vollgeld über den Staatshaushalt in Umlauf käme, ließe sich somit bis zur Hälfte der Staatsschulden abbauen – ohne 'Haircut', also ohne Aktivaverluste der Gläubiger, und ohne unsoziale und kontraproduktive Austerität, sprich ohne Gürtelengerschnallen, Verluste von Arbeitsplätzen und Massenkaukraft und Abbau von staatlichen Leistungen.

Die Arbeitsteilung zwischen Zentralbank und Banken wird damit weiter fortentwickelt: die Zentralbank ist für die Versorgung der Wirtschaft mit Geld zuständig; die Banken für die Finanzierung von Aktivitäten auf Basis dieses Geldes. Die Banken können jedoch nicht mehr selbst das Buchgeld erzeugen, das sie für ihre Geschäfte benötigen. Sie müssen dieses Geld, als Vollgeld, erst vollständig einnehmen ehe sie es ausgeben können – von ihren

Kunden, vom offenen Anlegermarkt, vom Geldmarkt, ggf von der Zentralbank.

Die Aufgabe der Geldschöpfung wird ausschließlich den unabhängigen staatlichen Zentralbanken übertragen bzw im Euro der Europäischen Zentralbank. Sie wird damit zu einer unabhängigen Vierten Staatsgewalt, zur Monetative, in Ergänzung der Legislative, Exekutive und Judikative.

Die Monetative soll nicht mehr nur wie die Zentralbanken heute *Bank der Banken* sein, sondern ebenso wieder *Bank des Staates*. Sie soll dabei nicht mehr nur *Lender of last resort* für Banken und Staat sein, sondern *Originator of first instance*: Geldquelle in erster und einziger Instanz.

Anlage 3) Pressestimmen zu Bitcoin und Krypto-Geld:

Frankfurter Allgemeine vom 1.10.2016:

„Blockchain“ Bargeld, Banken und Betrüger

„Blockchain“ heißt der Code für die nächste Revolution im Internet: Bargeld, Banken und Betrüger werden abgeschafft. Wer und was steckt dahinter?



© Picture-Alliance Eine Welt ohne Bargeld, ohne Banken. Was „Bitcoin“ versprochen hatte - und scheiterte - soll „Blockchain“ bald ermöglichen.

Was diskutieren Milliardäre und digitale Pioniere, wenn sie auf einer Trauminsel in der Karibik unter sich sind? Natürlich die „Blockchain“, was sonst. Nie davon gehört? Dann haben Sie die Anfänge der nächsten Revolution im Netz wohl verpasst. Aber Kopf hoch - noch ist es nicht zu spät für die Beschäftigung mit der ominösen Kette.



Autorin: Bettina Weiguny, Freie Autorin in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Wo immer es heute um das große Ganze, um Macht und das Geschäft der Zukunft geht, fällt das Stichwort „Blockchain“. Denn wozu Bankgebühren bezahlen, um Geld zu überweisen, wozu einen Notar einschalten, um ein Haus zu kaufen, wenn es auch ohne geht? Genau das verspricht die Blockchain-Technologie: Banken, Bargeld und vieles mehr wird abgeschafft, die ganze Art, wie wir wirtschaften auf den Kopf gestellt. Da lag [Richard Branson](#), der fünf Milliarden Dollar schwere Virgin-Gründer, also richtig, als er im Sommer „die besten Köpfe der digitalen Erneuerung“ zu einem „Blockchain Summit“ auf seine Privatinsel lud.

Mehr zum Thema

- [Europas Finanz-Nachwuchs hinkt hinterher](#)
- [Bezahlen in der Zukunft](#)
- [Neues Rätsel um Phantom und Bitcoin-Erfinder Wright](#)

Noch ist nicht ausgemacht, was die Technologie tatsächlich taugt: Sind da großmäulige Visionäre am Werk oder nur visionär tönende Großmäuler? Tatsache ist, die cleveren Burschen wie Branson stürmen vorneweg. Irgendwas muss also dran sein, wenn so viel Sachverstand und Geld sich in Bewegung setzt. Microsoft-Gründer Bill Gates schwärmt von der Blockchain. Amerikas ehemaliger Finanzminister Larry Summers mischt mit, ebenso die schwerreichen Gründer im Silicon Valley. Die „Blockchain“ schlägt Wellen bis in die Führungsetagen der deutschen Traditionskonzerne. [Deutsche Börse](#), Telekom – alle strecken ihre Fühler aus, auch ein RWE-Chef Peter Terium gibt sich schwer optimistisch, dass die „Blockchain“ irgendwie seinen siechenden Energiekonzern rettet.

© dapd Richard Branson, Milliardär und Virgin-Gründer, lud im Sommer „die besten Köpfe der digitalen Erneuerung“ zu einem „Blockchain Summit“ auf seine Privatinsel.

Was genau aber verbirgt sich hinter dem Zauberwort, das jedermann im Munde führt? Es ist – glaubt man den Anhängern – eine Netzwerk-Technologie, die alles revolutioniert und nebenbei das Ende von Lug und Trug im Internet einläutet, die „größte Neuerung seit der Erfindung des Internets“, tönen die Anhänger. „Es tut mir leid für Sie, aber in zehn Jahren werden alle Ihre Banken nicht mehr existieren“, schleuderte in Davos ein

Blockchain-Pionier der versammelten Hochfinanz entgegen. Das mag übertrieben sein. Ernst nehmen die Konzerne das Phänomen dennoch. Selbst Skeptiker wie Edward Budd von der Deutschen Bank in London räumen der Blockchain „gewaltiges Potential“ ein.

Niemand hat die Macht, die Daten zu manipulieren

Erstmals aufgetaucht ist das Stichwort als Technologie hinter der virtuellen Währung [Bitcoin](#). Die Blockchain funktioniert wie ein digitales Kassenbuch. Wenn Person A einer Person B Geld leiht, wird diese Transaktion auf den Computern aller an der Blockchain Beteiligten dokumentiert. Das Gleiche passiert, wenn B später einen Teil des Geldes an C oder D weiterreicht. Alle diese Daten werden dezentral gespeichert. So entsteht nach und nach eine Kette von Datenblöcken (daher der Name Blockchain), an denen nachträglich nichts gelöscht oder geändert werden kann. Das alles läuft ohne Mittelsmann ab, die Teilnehmer verifizieren die Vorgänge selbst, ohne Bank. Alles Wissen wird geteilt. Niemand hat die Macht, die Daten zu manipulieren.

Nun ist Bitcoin als Zockerwährung und Platz für dubiose Geschäfte in Verruf geraten, das spricht aber nicht prinzipiell gegen die zugrundeliegende Technologie. Über Blockchains lassen sich Aktien und Anleihen handeln, Darlehen vergeben, Verträge abschließen. Urkunden jeglicher Art, Ausweise und Testamente könnten so im Netz hinterlegt werden, Diamanten,

Häuser, Grundstücke den Besitzer wechseln. Und das alles, so versprechen die Protagonisten, schneller, einfacher, billiger als heute. In der schönen neuen Blockchain-Welt wäre Betrug nahezu unmöglich, da die Datenketten aufeinander aufbauen. Wer Dubioses im Sinne hat, müsste stets die gesamte Historie ändern. Hackern wäre das Handwerk gelegt, Geldwäsche leicht nachvollziehbar. „Technisch finden Betrüger zwar immer einen Weg für ihre Geschäfte. Aber wenn der Aufwand viel größer ist als der erhoffte Ertrag, lassen sie es bleiben“, erklärt Don Tapscott, Wirtschaftsprofessor an der Universität Toronto, dessen neues Buch „Blockchain Revolution“ im Mai erscheint. „Blockchain macht Internetbetrug extrem unattraktiv.“

Wie jeder neue Hit aus dem Netz kommt auch die Blockchain mit gewaltigem, disruptivem Anspruch daher. Kleine Angreifer aus der Online-Welt, die sogenannten Fintechs, wittern ihre Chance, um den traditionellen Banken das Wasser abzugraben. Die Aufregung ist groß. Allein im Banking ließen sich mit Blockchain 20 Milliarden Dollar im Jahr einsparen, so schätzt die spanische Bank Santander. „Da will jeder vorne mitmischen“, erzählt der Manager einer internationalen Großbank. Edward Budd, der verantwortliche Experte in der Deutschen Bank, formuliert es so: „Wir wollen die Blockchain nutzen, um Geschäftsbereiche, die noch nicht so effizient sind, zu optimieren.“ Allein im Wertpapierhandel nimmt jede Transaktion in der

Nachbearbeitung zwei bis drei Tage in Anspruch. „Das ist suboptimal.“ Mit der Blockchain ginge das in Echtzeit.

Ein Ende des Betrug? „Blockchain“ soll das Finanzsystem revolutionieren.

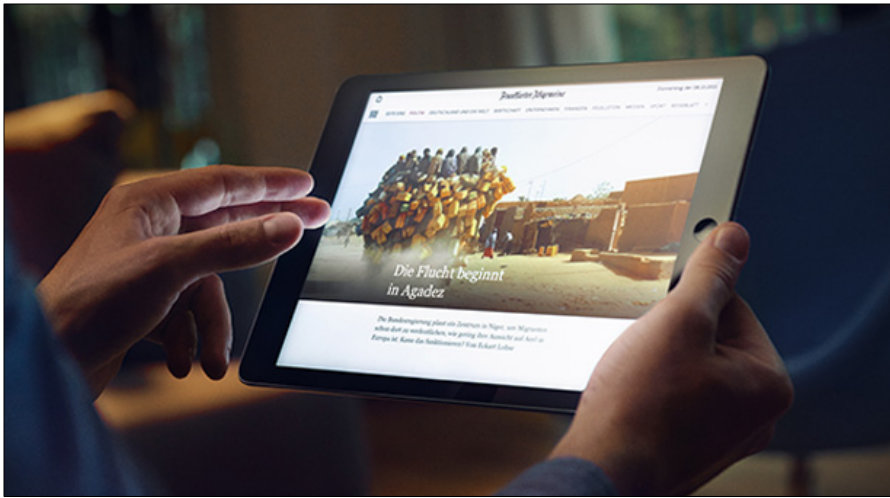
Nach Bitcoin kommt Blockchain. Wie Start-ups die Finanzwelt verändern wollen.

Jede Großbank tüftelt deshalb an Blockchain-Produkten, die Schweizer UBS betreibt dafür in London ein eigenes Forschungslabor, Goldman Sachs hat eine Kryptowährung entwickelt, auch Deutsche Börse und Nasdaq testen Blockchains, die Bank of England erforscht das Wesen eines dezentralen Blockchain-Registers. Ganze Staaten (unter den Ersten: Griechenland und Honduras) überlegen, wie sie die Grundbücher in eine Blockchain umbauen. Großbritannien geht noch weiter, will sein Steuersystem überprüfen, das Rentenwesen und die Ausgabe von Pässen. Derartige Aktivitäten kratzen am Kerngeschäft von Notaren, Maklern und Rechtsanwälten. Manche Blockchain-Verfechter sehen gar eine Gefahr für Facebook und [Google](#) aufziehen. Etliche Giganten im Silicon Valley könnten unter die Räder kommen, warnt Bestseller-Autor Don Tapscott. Einige Start-ups arbeiten bereits an Modellen, die Uber und Airbnb überflüssig machen: „Für die Vermittlung von

Taxis braucht es kein 60 Milliarden Dollar schweres Uber, das können die Fahrer unter sich ausmachen.“

„Der Run auf die großen Namen ist irre“

Wie weit die Euphorie am Ende trägt, ist schwer vorherzusagen, das Geld jedenfalls fließt reichlich. Allein im Jahr 2015 haben Risikokapitalgeber 450 Millionen Dollar in Blockchain-Start-ups gepumpt, 2012 lagen die Investitionen noch bei null. Das in New York ansässige „R3 CEV“ ist einer der aufsteigenden Sterne unter den Blockchain-Entwicklern. 42 Banken, darunter alles, was Rang und Namen hat, haben sich an der jungen Firma beteiligt, die im Netz eine „globale Finanzfabrik“ aufbauen will, die dann alle Banken nutzen dürfen. Auch die Deutsche Bank und die Commerzbank sind mit von der Partie. Bei der Konkurrenz, der Linux Foundation mit seinem „Hyperledger“-System, sind andere prominente Firmen eingestiegen - Accenture, Cisco, IBM, JP Morgan, Mitsubishi, Intel, Fujitsu, Wells Fargo. „Der Run auf die großen Namen im Blockchain-Business ist irre“, sagt ein Banker, der bei Finanzierungsrunden in Amerika, in der Schweiz und Deutschland dabei war. Die Start-ups können demnach astronomische Preise verlangen, „zu unglaublich schlechten Konditionen“.



Die neue digitale Zeitung F.A.Z. PLUS

Die ganze F.A.Z. in völlig neuer Form, mit zusätzlichen Bildern, Videos, Grafiken, optimiert für Smartphone und Tablet. Jetzt gratis testen.

Mehr erfahren

Nicht jeder kann nun mal die notwendigen Kryptoprogramme schreiben. Das schaffen nur eigenartige Menschen wie Vitalik Buterin, hofiert als Blockchain-Wunderkind: 21 Jahre alt, geboren in Russland, aufgewachsen in Kanada, heute wohnhaft in der Schweiz und in Berlin. Das Studium hat er abgebrochen. Blass ist er und hager, kein Wunder, programmiert er doch von morgens bis abends, sieben Tage die Woche. Der Autodidakt hat sich am Computer mehrere Sprachen angeeignet (darunter Deutsch und

Mandarin), spricht aber eher ungern mit Menschen. Am liebsten kommuniziert er mit Computern. 18 Millionen Dollar hat er innerhalb von vier Wochen durch Crowdfunding für seine gemeinnützige Ethereum-Stiftung eingesammelt. Banker, Politiker, Industrielle umlagern ihn, wo immer er als Redner auftaucht.

Die Deutsche Börse dagegen setzt auf Ex-Bankerin Blythe Masters, die eine rasante Karriere bei JP Morgan hingelegt hatte. Der Legende nach ist sie Erfinderin der Derivate, die in der Finanzkrise zu zweifelhaftem Ruhm kamen, der Credit Default Swaps (CDS). Auch für „R3 CEV“ werkelt ein Star: Mike Hearn, ein englischer Informatiker, der in Zürich lebt und lange für Google arbeitete, war bis vor kurzem eine große Nummer bei Bitcoin. Ende Januar hat er sich mit großem Tamtam von der Währung verabschiedet: Das Experiment Bitcoin sei gescheitert, schrieb er in einem Blog. Bitcoin führt vor Augen, wo die Krux der Blockchain-Technologie liegt. Es geht um IT-Sicherheit und um ausreichenden Speicherplatz. Daneben sind juristische Fragen zu klären. Großflächig könne Blockchain frühestens in drei bis fünf Jahren zum Einsatz kommen, schätzt Edward Budd von der Deutschen Bank. Sein Konzern sei nicht bedroht, sagt er wacker: „Wir müssen uns wandeln, aber Blockchain wird die großen Spieler von heute nicht vom Markt fegen.“ So haben schon andere gedacht, die dann verschwunden sind.

Die SBB wagt den Schritt in die Welt der Bitcoins

Weltneuheit

Die SBB glaubt an Bitcoins: Schon bald verkauft das Bahnunternehmen die Internetwährung an sämtlichen Billetautomaten im ganzen Land. Nötig ist lediglich eine Schweizer Handynummer.

Von Marc Badertscher

28.10.2016

[Twittern](#) [Teilen](#) [Teilen](#) [Linkedin](#) [Xing](#) [Drucken](#) [Mail](#)



Bitcoins: Bald erhältlich bei den Schweizerischen Bundesbahnen.

Keystone

Diskussion

Bislang war es in der Schweiz nur an rund einem Dutzend Orten möglich, Schweizer Banknoten in die Digitalwährung Bitcoin zu tauschen. Das ändert sich nun. Ab dem 11. November soll es an allen SBB-Billet-Automaten möglich sein, Bitcoins zu kaufen. Das geht aus der [Website der SBB hervor](#). Die SBB bestätigte am Freitag per offizieller Mitteilung den entsprechenden Bericht der «Handelszeitung» von Donnerstagabend: Man wolle während zwei Jahren testen, ob für den Verkauf der digitalen Währung Bitcoin in der Schweiz ein Markt bestehe.

Bisher gibt es in der Schweiz nur wenige Bezugsmöglichkeiten für Bitcoin: Mit ihren über 1000 Billettautomaten verfügt die SBB über ein dichtes Distributionsnetz, das sich laut Unternehmen nicht nur für den Bezug von Billetten, sondern auch Zusatzdienstleistungen eignet.

Das Netzwerk stösst an seine Grenzen

Das neue Angebot entstand in Zusammenarbeit [mit dem Zuger Unternehmen Sweepay](#). Der Technologie-Partner der SBB bestätigt den Sachverhalt. «Der Launch steht kurz bevor», sagt Heinz E. Mühlethaler, Verwaltungsratspräsident von Sweepay der «Handelszeitung». Sweepay fungiert laut SBB auch als Finanzintermediär.

Konkret wird es künftig möglich sein, Bitcoins für den Betrag zwischen 20 und 500 Franken in bar oder mit der Debitkarte zu kaufen. Eine Bezahlung mit der Kreditkarte ist nicht möglich. Die Transaktionsgebühr beträgt 6 Prozent. Voraussetzung ist eine Schweizer Handynummer und eine Bitcoin-App, um die Währung auf dem Handy zu speichern. Die Schweizer Handynummer ist Pflicht, um den Vorgaben der Finma zum Geldwechselgeschäft zu genügen. Pro Jahr können maximal Bitcoins im Wert von 5000 Franken gekauft werden.

Der Wert eines Bitcoins beträgt derzeit rund 670 Franken. Zuletzt hatte die Währung stark zugelegt – allerdings mit enormen Kursschwankungen. Aktuell stösst das Bitcoin-Netzwerk an seine Kapazitätsgrenzen. Die Programmierer sind jedoch daran, das Problem mittelfristig zu entschärfen.

Bitcoin

Schweiz: Zug akzeptiert als erste Stadt offiziell Bitcoin

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | Veröffentlicht: 12.07.16
00:56 Uhr

Als weltweit erste Stadt akzeptiert das Schweizerische Zug probeweise die Digitalwährung Bitcoin. Die Region gehört zu den führenden Standorten neuer innovativer Finanztechnologien.

Sollte sich das sechsmonatige Projekt als erfolgreich erweisen, wird die Vorreiter-Region weiter aufgewertet.

XING[®]

in Teilen

bitcoin



Bitcoin ist die wohl bekannteste Digitalwährung.

Die Schweizer Stadt Zug akzeptiert als weltweit erste Gemeinde die [Digitalwährung Bitcoin](#) zur Bezahlung öffentlicher Dienstleistungen. Das Pilotprojekt ist vorerst auf ein halbes Jahr begrenzt,

Gebühren der Einwohnerbehörde bis zu 200 Franken können demnach mit Bitcoin bezahlt werden. Nach dem Testlauf wird der Zuger Stadtrat entscheiden, ob das Projekt weitergeführt wird.

Da es beträchtliche Risiken bei der Verwendung von digitalen Währungen gibt – beispielsweise durch Manipulationen oder plötzliche Kursschwankungen – findet das Experiment in einem gesicherten Umfeld fest. Einlaufende Bitcoin-Zahlungen werden unmittelbar in Franken gewechselt. „Dafür gibt es eine Börse, und die sichert uns ab, dass da nicht in Nanosekunden riesige Kursverluste stattfinden“, wird der Zuger Stadtpräsident von der Deutschen Welle zitiert.

Dass die Stadt Zug zu den Vorreitern im Bereich digitaler Währungen und Zahlungsmethoden gehört, ist kein Zufall. Die Region ist ein Schwerpunkt der Finanztechnologiebranche – rund 20 Unternehmen und Startups, die sich mit der Blockchain-Technologie und Kryptowährungen wie dem Bitcoin beschäftigen, haben sich hier niedergelassen. Dies hat mit der attraktiven Steuerpolitik des Kantons Zug zu tun und mit der guten Infrastruktur für den Finanztechnologiesektor – beispielsweise befindet sich auch das Institut für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern in Zug.

Der „Crypto Valley“ genannte Cluster profitiert zudem von der Nähe der Finanzmetropole Zürich. Diese verfügt über vielfältige

Ressourcen: Großbanken, Versicherungen, Startups und Universitäten bieten dort ihre Dienstleistungen an. Mit dem Unternehmen nexussquared existiert dort auch ein Förderunternehmen, dass die Implementierung der Blockchain-Technologie durch Kooperationen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen vorantreibt. Unter einer Blockchain versteht man eine verteilte Datenbank, die als Grundlage für digitale Währungssysteme wie den Bitcoin dient.

Derzeit werden Bitcoins im alltäglichen Geschäftsleben noch kaum verwendet, zu viele Details der Bezahlungs-Infrastruktur und der Sicherheit sind noch ungeklärt. Im besten Fall wird es Beobachtern zufolge noch mehrere Jahre dauern, bis sich Digitalwährungen im großen Stile durchsetzen werden. Der große Vorteil der Technologie besteht in ihrer Unmittelbarkeit und Schnelligkeit, weil keine Bank als Zahlungsvermittler benötigt wird. „Der Taxifahrer in Nairobi kann wegen der hohen Gebühren nicht mit Kreditkarten arbeiten. Aber er kann sich für fünf Dollar ein gebrauchtes Smartphone kaufen und Bitcoin akzeptieren“, zitiert die Deutsche Welle den Chef eines Startups aus dem Schweizer „Crypto Valley“.

Cash-Artikel vom 20.10.2017 18:47:

Bitcoin klettert erstmals über 6000 US-Dollar

Der Bitcoin knackt weiterhin einen Rekord nach dem anderen: Am Freitag stieg der Wert der Digitalwährung erstmals über 6000 US-Dollar. Zwischenzeitlich wurde die elektronische Währung auf der Handelsplattform Bitstamp bei 6000,10 Dollar gehandelt. Allein am Freitag gewann der Bitcoin damit über vier Prozent an Wert. Im Laufe der vergangenen zwei Wochen lag der Wertanstieg mit circa 1500 Dollar bei rund einem Drittel.

Nach Einschätzung von Marktbeobachtern gibt es eine allgemeine Euphorie für Digitalwährungen, die dem Bitcoin immer neuen Auftrieb verleiht. Noch diese Woche hatten Sorgen der Bitcoin-Nutzer vor künftigen Regulierungen der Digitalwährung für einen deutlichen Dämpfer gesorgt.

In jüngster Zeit verwiesen Vertreter von Notenbanken auf Risiken im Zusammenhang mit der Digitalwährung. Unter anderem sagte Ewald Nowotny, Ratsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), dass innerhalb der Notenbank über konkrete rechtliche Restriktionen diskutiert worden sei. Die Entwicklungen bei Digitalwährungen wie dem Bitcoin seien gefährlich und zutiefst unseriös. Konkrete Signale für eine stärkere Regulierung gab es zuletzt aus China.

Der Bitcoin ist die bekannteste der vielen Digitalwährungen, die seit der Finanzkrise 2008 entstanden sind. Die Idee dahinter ist Unabhängigkeit von staatlicher Kontrolle. Dies soll erreicht werden, indem nicht Notenbanken wie die EZB die Währung ausgeben, sondern Privatleute sie in komplizierten Rechenverfahren am Computer herstellen.

Kritiker monieren neben starken Kursschwankungen auch Sicherheitsrisiken und die Anonymität im Zahlungsprozess, was Digitalwährungen attraktiv für illegale Verwendungen mache./tos/stb/zb

(AWP)

